

Verabschiedung des Haushaltsplans 2009 der Stadt Ettlingen einschließlich Stellenplan

Beschluss: (24:10 Stimmen)

Aufgrund der §§ 79 und 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 14. Oktober 2008 wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	114.444.430 €
davon	
im Verwaltungshaushalt	93.902.220 €
im Vermögenshaushalt	20.542.210 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	5.647.860 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	9.022.000 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt. 6.000.000 €

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 A für land- u. forstwirtschaftliche Betriebe auf	230 v. H.
1.2 B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge;	300 v. H.
2. Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge.	350 v. H.

Die Verwaltung teilte zur Sitzung am 03./04.02.2009 Folgendes mit:

Der Entwurf des Haushaltsplans 2009 (incl. Anlagen) wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 17.12.2008 eingebracht. Der Gemeinderat verwies den Entwurf zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss.

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Aufgrund der zum geplanten Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts 2009 am 18. Februar 2009 noch nicht gesicherten Rahmenbedingungen des Konjunkturpakets II, wurde die Beschlussfassung verschoben.

Am 16.03.2009 wurden durch das Finanzministerium die zu erwartenden Förderbeträge aus der

- Bildungspauschale mit 1.557 TSD € und der
- Infrastrukturpauschale mit 397 TSD €

mitgeteilt.

Da nun wesentliche Voraussetzung für eine Förderung die **Zusätzlichkeit** einer Maßnahme ist, wird eine Beratung und Beschlussfassung über diese Maßnahmen erforderlich. Dies wird auch wegen der Erfordernis einer „ermessensfehlerfreien Entscheidung“ bei der Bewertung von kommunalen oder privaten-/kirchlichen Maßnahmen notwendig sein.

Diese Vorgehensweise ergibt sich aus der Notwendigkeit einer Vorlage der geplanten und beschlossenen Maßnahmen bis zum 20.04.2009 beim Regierungspräsidium Karlsruhe.

Die Verwaltung wird eine Projektliste erstellen, in der solche zusätzlichen Maßnahmen aufgenommen sind, und diese spätestens zur Sitzung als Tischvorlage zur Diskussion stellen.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats sind beigefügt:

- Zuwendungsrichtlinie vom 19.03.2009
- Anlage 1 zur Zuwendungsrichtlinie
- Info Gemeindetag zum Konjunkturpaket II, Stand 20.03.2009
- Übersicht Bildungspauschale
- Erläuterungen zum Projekt Wilhelm-Lorenz-Realschule
- Erläuterungen zum Projekt Schloss

Die Projekte Wilhelm-Lorenz-Realschule und Schloss sind heute nur haushaltsrechtlich relevant. Die inhaltliche Beratung ist in den Sitzungen des VA am 21.04.2009 (Vorberatung) und des Gemeinderats am 06.05.2009 (Entscheidung) vorgesehen.

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in den nichtöffentlichen Sitzungen des Verwaltungsausschusses am 03./04.02.2009 sowie am 31.03.2009 statt. Auf die Erläuterungen zu diesen Sitzungen, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen. Ebenso wird auf die Erläuterungen verwiesen, die zur geplanten Sitzung des Gemeinderats am 18.02.2009 übersandt wurden.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist eine Veränderungsliste (Stand: 01.04.2009) als Anlage beigefügt.

- - -

Stadtrat Stemmer hält für die CDU-Fraktion folgende Haushaltsrede:

„Der Turmbau zu Babel ist nicht nur eine biblische Geschichte aus fernster Zeit. Er hat uns in einem zeitgenössischen Gewand erreicht, der Finanzkrise des Jahres 2008. Das „Immer weiter, Immer höher, Immer mehr“ hat mit seinem Sog auch viele Unbeteiligte erfasst und geschädigt. Der Knall an den amerikanischen Finanzmärkten im Herbst vergangenen Jahres war in Europa unüberhörbar. Über Generationen hinweg aufgebaute Werte wurden auf einen Schlag vernichtet. Am schlimmsten trifft es jene, die in Folge der Krise ihren Arbeitsplatz verlieren oder von Kurzarbeit betroffen sind.

Wer sich mit der Finanz- und Haushaltspolitik befasst, ist einem Wechselbad der Gefühle und wandelnder Ansichten ausgesetzt. Galt gestern noch das Prinzip der Nullverschuldung, das unbedingt anzustreben sei, wird heute nicht mehr um das „Ob“, sondern allenfalls nur noch um die Höhe der **Neuverschuldung** gestritten. Dieses uns aufgezwungene Spannungsfeld begleitete unsere Fraktionsberatungen zum Haushaltsentwurf 2009.

Finanzpolitische Stabilität

Die CDU-Fraktion ist stets für finanzpolitische Stabilität eingetreten. Wir sind der Auffassung, dass die Auswirkungen der Krise zu meistern ist, wenn wir mit Mut und Zuversicht die anstehenden Aufgaben anpacken. Sir Karl Popper, einer der bedeutendsten Philosophen der neueren Zeit drückte es einmal so aus: „Optimismus ist Pflicht.“

Gleichwohl rügen wir, dass der Haushaltsentwurf zu wenig die Folgejahre im Blick hatte, von Sparansätzen im konsumtiven Bereich nichts zu spüren ist und keine Reaktion auf einen engeren Finanzrahmen erkennen lässt. Übergangsweise haben wir uns darauf einzustellen, dass die Ertragslage unserer örtlichen Betriebe schwächer ausfallen kann und die Einkommen der Beschäftigten und Selbstständigen zumindest nicht in bisheriger Höhe wachsen. Schließlich werden auch die Finanzausgleiche zwischen Bund und Land und insbesondere zwischen Land und Gemeinden durch Steuerausfälle und höhere Kreditbelastungen beeinträchtigt.

Oberstes Ziel unserer Haushaltspolitik ist finanzielle Stabilität. Der Haushalt ist kein Wunschkonzert, das in den alljährlichen Vorberatungen aufgeführt wird. Wir sahen uns mit einem Haushaltsplanentwurf 2009 konfrontiert, in dem die Einnahmen für laufende Ausgaben sofort wieder aufgezehrt werden und für den investiven Bereich nichts übrig bleibt. Die Eigenfinanzierungskraft ist bedenklich geschrumpft.

Um dieser Tendenz Einhalt zu gebieten, beantragten wir zu den Haushaltsberatungen:

1. Begrenzung der Personalausgaben,
2. Verbesserung der Kostendeckungsgrade

Hinsichtlich der Personalausgaben wurde Übereinstimmung mit der Verwaltung erzielt, dass sich der Verwaltungsausschuss künftig rechtzeitig mit Personalveränderungen und Personaleinstellungen befassen kann.

Die Personalausgaben sind mit nahezu 25 Prozent der größte Ausgabeanteil am Gesamthaushalt. Bereinigt man die Ausgaben durch innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten, beläuft sich die Personallastquote auf 28,5 Prozent. Der Vergleich des tatsächlichen Rechnungsergebnisses 2007 mit dem Planansatz 2009 fällt um 13,5 Prozent höher aus. Nach Jahren äußerster tariflicher Zurückhaltung gab es für die Beschäftigten auf die Jahre 2008 und 2009 verteilte lineare Erhöhungen von 3,1 % bzw. 2,8 % und Einmalzahlungen. Außerdem wurde mit Zustimmung des Gemeinderates der Personalbestand insbesondere im technischen Bereich aufgestockt. Trotzdem kann die hohe Steigerungsrate nicht nachvollzogen werden, die gegenüber dem Vorjahr 7,5 Prozent beträgt. Nimmt man das voraussichtliche Ergebnis 2008 als Grundlage, ergibt sich sogar eine Steigerung von 8,8 Prozent. Da ist zu viel Reserve drin, die nicht ausgeschöpft werden darf. Daher stimmen wir auch keiner der vorgesehenen neuen Personalstellen zu, denn sinkende Gewerbesteuererinnahmen, stei-

gende Kosten für Unterhaltungsaufwendungen sowie Ausbau der Kinderbetreuung engen den Handlungsspielraum des Gemeinderates künftig erheblich ein.

Unzufrieden sind wir auch mit der Entwicklung der Deckungsgrade für die zahlreichen kostenrechnenden Einrichtungen. Mit 48,3 Prozent durchschnittlichem Kostendeckungsgrad wird das langjährige Mittel von 50 Prozent und mehr seit dem Jahre 2003 unterschritten, obwohl der kalkulatorische Zinssatz für das Anlagevermögen von einst 6 Prozent in mehreren Schritten auf 4,5 Prozent gesenkt wurde und schon allein dadurch eine Verbesserung der Ertragslage hätte eintreten müssen.

Bei den Vorberatungen nahmen wir uns selbst in die Pflicht, kaum ausgabenwirksame Anträge zu stellen bzw. zu unterstützen. Der vorgelegte Haushaltsentwurf enthält zahlreiche kostenintensive Vorhaben, die nur durch eine erhebliche Entnahme aus der Rücklage, einer deutlichen Kreditaufnahme, durch Zuschüsse des Landes und durch Grundstücksveräußerungen zu leisten sind.

Hätten wir in den vergangenen Jahren zügig entschieden und kontinuierlich investiert, dann wären Rücklagen überhaupt nicht auf eine Höhe von rd. 20 Millionen Euro angewachsen. Frau Oberbürgermeisterin, die Rücklagen sind Ihnen wie Sterntaler in den Schoß gefallen, zu einer Zeit, als Sie und ihre Verwaltung sich mit Organisation und Leitbilddiskussion verzettelt und damit viel Frust erzeugt haben.

Nach Jahren schwacher Ertragslage der Gewerbebetriebe profitierte Ettlingen von steigenden Steuererträgen, die sich wie folgt entwickelten:

2003	19,3 Mio. €
2004	25,1
2005	22,2
2006	37,0
2007	34,9
2008	31,0 (lt. Plan)

Die Anteile an der Einkommensteuer verbesserten sich in den letzten drei Jahren ebenfalls und lagen von 2006 bis 2008 durchschnittlich mit 1,3 Mio. € über der jeweiligen Vorausberechnung des Landes. Mit Ausnahme der Jahre 2000 und 2001 hat die Stadt nach 1988 keine nennenswerten Schulden aufgenommen. Daher halten wir zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der wirtschaftlichen Lage eine begrenzte Kreditaufnahme vertretbar.

Wir stehen dazu, die Bauausgaben nach den spärlichen Jahren

2004	3,7 Mio. €
2005	3,2
2006	3,5
2007	5,8 (geplant 9,5)
2008	6,635 (lt. Plan)
2009	10,983 (lt. Plan)

deutlich voranzubringen, nachdem die Netto-Investitionsraten der letzten Jahre

2004	9,0 Mio. €
2005	1,4
2006	10,9
2007	15,3

viel zu wenig genutzt wurde. Größter Einzelposten im Jahr 2009 ist der Ansatz für das Feuerwehrgerätehaus in Höhe von 4 Mio. €.

Zusammen mit den Aktivitäten der städtischen Tochterbetriebe Abwasserbeseitigung, Stadtwerke und Stadtbau ergibt sich ein Investitionsvolumen von rund 30 Mio. €, das um weitere 3,7 Mio. € für die laufende Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ergänzt

wird. Die Stadt stellt damit ein erhebliches Auftragsvolumen für das heimische bzw. regionale Gewerbe bereit und leistet damit einen Beitrag zum Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen.

Arbeitsplätze und Wohnungen

Ettlingen hat einen Einpendlersaldo von mehr als 10.000 Beschäftigten und bietet über 23.000 Arbeitsplätze. Die Betriebe im Ettlinger Industriepark im Westen und mit dem Industriepark Albtal (Spinnerei) im Osten sind sichtbare Beweise. Dennoch können wir nicht genug Arbeitsplätze haben, weshalb wir der Erweiterung des Gewerbegebietes Hertzstraße Ost von Anfang an zugestimmt haben und in Konsequenz dessen sind Mittel für die Erschließung fällig.

Arbeitsplätze und Gewerbesteuer sind humanes und wirtschaftliches Rückgrat unserer Stadt. Die große Vielfalt der Branchen erweist sich in Zeiten einer Rezession insoweit als vorteilhaft, dass wir nicht wie andere Städte mit Bezug zur Automobilbranche derart hart gebeutelt werden. Vorsichtige Haushaltskalkulation zahlt sich stets aus. Mehreinnahmen werden dann verplant, wenn sie tatsächlich eingetroffen sind und nicht nur erwartet werden. Wurden im Jahr 2007 rund 35 Mio. €. Gewerbesteuer eingenommen, erwartet der Kämmerer 2009 nur 29 Mio. €. Reduzieren Sie einmal in solch kurzem zeitlichen Abstand 6 Mio. € laufende Ausgaben!

Bereits im Sommer vergangenen Jahres hat sich unsere Fraktion nach der angekündigten Schließung der Firma Köhler-decor eindeutig dazu bekannt, die Firma Bardusch an ihrem Stammsitz Ettlingen bei der Arrondierung des Geländes nach deren betrieblicher Notwendigkeit mit den Mitteln des Planungsrechts zu unterstützen. Wir beantragen, uns über den Stand des Verfahrens im zuständigen Ausschuss zu unterrichten. Für die weitere Entwicklung des frei gewordenen Geländes sind Haushaltsmittel für einen Wettbewerb über die künftige Gestaltung vorgesehen. Sicher wird dort überwiegend Wohnungsbau entstehen. Ob junge Familien zu erschwinglichen Preisen wohnen können, sei dahingestellt. Da nach unserer Vermutung zu viele junge Leute und Familien aus Ettlingen abwandern, beantragen wir Informationen darüber, wo die Stadt über eigene zur Wohnbebauung geeignete Grundstücke verfügt. Unsere Vermutung leiten wir aus der Tatsache ab, dass der Anteil der bis 18-jährigen Einwohner im Zeitraum von 1997 bis 2007 um 477 (entspricht 7 %) gesunken ist und nach der Schulstatistik der auswärtige Schüleranteil in den Jahren 1999 bis 2007 mehr zugenommen hat als der Ettlinger Anteil. Mit einem Durchschnittsalter von 44,8 Jahren liegen wir weit oben in der baden-württembergischen Tabelle, die einen Landesdurchschnitt von 42 Jahren aufweist. Wir sollten den Trend der Abwanderung aus unserer Stadt umdrehen, und das können wir unter anderem mit der Vergabe von Erbbaurechten.

Dem Haushaltsansatz „Familienförderung Baugrundstücke“ in Höhe von 250.000 € stimmen wir zu, und wir sind auf die Ausgestaltung der Förderungsgrundsätze neugierig.

Betreuungs- und Bildungseinrichtungen

Betreuungseinrichtungen für Kinder genossen in unserer Stadt immer höchste Priorität. Der geschichtlichen Entwicklung entsprechend, konnten wir uns in der Kinderbetreuung auf ein umfassendes Angebot von freien Trägern verlassen. Rund 87 % des Angebots entfallen auf kirchliche Träger, knapp 12 % auf die Arbeiterwohlfahrt und private Träger. Mit diesen erfahrenen Partnern wollen wir auch die Kleinkindbetreuung ausbauen und bis Ende 2013 bedarfsgerechte und wohnungsnaher Plätze schaffen. Wir danken den freien Trägern für ihre Unterstützung und appellieren an den Tageselternverein, noch mehr Frauen zu gewinnen, um nachfragenden Eltern Angebote für Kleinkinder in familienähnlichen Strukturen anbieten zu können.

Für Neu- bzw. Erweiterungsbauten für Kinderkrippen, für die Errichtung eines betriebsnahen Kindergartens im Industriegebiet sowie für Sanierungen bestehender Kindergärten werden im laufenden Haushalt über 1,5 Mio. € bereitgestellt.

Je Krippenplatz und Kind werden für den jährlichen Betrieb im Durchschnitt mindestens 10.000 € notwendig sein, so dass wir bei rund 300 Plätzen nach dem Endausbau rund 3 Mio. € jährliche Betriebskosten haben werden, abzüglich eines Zuschusses des Landes. Gänzlich unbekannt wird das künftige Verhalten der Eltern sein, wenn nach dem Willen der CDU mittelfristig ab 2013 ein Betreuungsgeld eingeführt werden soll. Dieses Thema sollten wir bei unseren Entscheidungen nicht ausblenden.

Schulen

Für die Bildungsarbeit in den Schulen hat der Schulträger den sächlichen Aufwand bereit zu stellen und Gebäude in Ordnung zu halten. Nach Abzug der Sachkostenbeiträge des Landes ergibt sich ein Zuschuss von 3,1 Mio. €, wovon auf die Gebäudeunterhaltung nahezu 1 Mio. € entfallen, ohne Generalsanierung. Bei den Vorberatungen nahmen wir zur Kenntnis, dass das Gebäudemanagement noch an einer Grundlagenenerhebung über den Sanierungsbedarf weiterer Gebäude arbeitet. Sobald Ergebnisse vorgelegt werden, wird der Gemeinderat Prioritäten für weitere Jahre setzen. Bei der Entscheidung werden wir uns neben den schulischen Notwendigkeiten vor allem am Klimaschutz orientieren. Aktuelle Schwerpunkte werden mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II bei der Wilhelm-Lorenz-Realschule mit 2,4 Mio. € und der Erich-Kästner-Schule mit 89.000 € gesetzt. Der Weitergabe von anteiligen Mitteln an das Augustinusheim und das Heisenberggymnasium mit 26.000 € bzw. 57.000 € stimmen wir zu.

Zur Entscheidung über den Standort einer Ganztagesgrundschule erwarten wir vom Amt für Gebäudewirtschaft ebenfalls Vorschläge, denn spätestens im Jahr 2012 sind dann alle Schularten mit einer Ganztageseinrichtung versehen. Wer bereits jetzt eine Ganztagesbetreuung benötigt oder wünscht, kann auf den Schülerhort zurückgreifen.

Umwelt

Im Laufe dieses Jahres erwarten wir mit dem Klimaschutzkonzept und dem Energiemasterplan des IFEU-Instituts (Institut für Energie und Umweltforschung) in Heidelberg, das sein Energiekonzept Ettlingen von 1995 fortschreiben und weiterentwickeln soll, eine weitere Entscheidungsgrundlage. Wir begrüßen darüber hinaus ausdrücklich, dass die Stadt nach mehrjähriger Pause wieder einen Umweltbericht erarbeitet.

Mit finanzieller Unterstützung des Landes unternehmen wir weitere Schritte zur Renaturierung von Alb und Erlengraben. Die Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Alb für uns und die Nachbarstadt Karlsruhe sehen wir als dringlich und wir hoffen, dass diese Maßnahmen vor einem neuerlichen Hochwasser fertig sind. Von Überschwemmungen wie im vergangenen Jahr in Hohenzollern oder im Kinzigtal wollen wir verschont bleiben.

Das Ettlinger Grünabfallkonzept mit wohnortnahen Ablagerungsplätzen und grenzenlosen Öffnungszeiten hat unsere Bürger verwöhnt. Was sich jetzt in der Praxis zeigt, ist jedoch derart eng, weshalb wir den Antrag stellen, einmalig 20.000 € in den Haushalt 2009 einzustellen. Gleichzeitig soll der Kreis aufgefordert werden, die Vergütung an die Gemeinden neu zu kalkulieren.

Im Rahmen des Kommunalen Klimaschutzes beginnt das Stadtbauamt, ebenfalls mit Unterstützung des Landes und über mehrere Jahre verteilt, mit dem Austausch veralteter Leuchten zur Verbrauchsreduzierung. 200.000 € sind dafür ein erster Ansatz.

Wichtige überörtliche Verkehrsprojekte stehen nach Jahren der Vorbereitung vor der Realisierung. Auf der DB-Strecke Karlsruhe-Ettlingen-Rastatt wird das Schienennetz erneuert und gleichzeitig die Unterführung an der Goethe-/Einsteinstraße aufgeweitet. Der Umbau des Knotenpunktes beim Bahnhof Busenbach betrifft die Ettlinger Gemarkung, weshalb auch unsere finanzielle Zuständigkeit gegeben ist. Beide Vorhaben wurden schon

lange erwartet und werden vom Land mit einem stattlichen Anteil gefördert. Dennoch verbleiben eine knappe Million Euro zu Lasten der Stadt.

Wir kennen auch den Wunsch zahlreicher Bewohner, den Betriebshof der AVG für Busse und LKW aus dem Wohngebiet „Im Ferning“ herauszunehmen und sind deshalb in früheren Jahren und zuletzt im Jahre 2006 tätig gewesen. Die Antwort lautet: Die AVG wird noch viele Jahre dort bleiben, weil sie hohe Investitionen tätigte und auch Fördergelder erhielt. Selbst bei Herausnahme des Dieselbetriebs wird keine nennenswerte Entwicklungsfläche frei, aber für die Anwohner der Durchfahrtsstraßen würde eine Entlastung eintreten.

Schließlich wird in Ettlingen-West die Neuverlegung eines Mischwasserkanals in der Hohewiesenstraße/Fichtenweg für trockene Keller sorgen. Im Zuge dieser Maßnahmen wird der letzte Abschnitt der Hohewiesenstraße umgestaltet und wie beim früheren Wohnumfeldprogramm (WUP) aufgewertet. Damit geht eine Anregung anlässlich eines Bürgergesprächs durch den CDU-Ortsverband in Erfüllung.

Abwasserbeseitigung

Abwasserbeseitigung ist praktizierter Umweltschutz. Daher ist das Kanalnetz ständig in Ordnung zu halten und die Abschnitte in der Zustandsklasse „0“ sind zügig abzarbeiten. Mit erheblichen finanziellen städtischen Mitteln wurden aufgelaufene Defizite der Vorjahre ausgeglichen und die Gebührenzahler vor Nacherhebungen bewahrt. Mit der aktuellen Gebühr von 2,09 € liegt die Stadt unter dem landesweiten Durchschnittswert 2008 von 2,18 €. Da auch andere Gemeinden ihre Gebühren anheben mussten, wird sich der landesweite Durchschnittswert für das Jahr 2009 mit Sicherheit erhöhen.

Notwendige Investitionen werden durch erwirtschaftete Abschreibungen und Kredite finanziert. Dadurch steigt das Anlagevermögen stärker als die Fremdfinanzierungsmittel. Da es sich um Zukunftsinvestitionen handelt, ist die teilweise Kreditfinanzierung vertretbar. Die Netto-Neuverschuldung liegt im Wirtschaftsjahr 2009 bei knapp 400.000 €. Mit diesen Bemerkungen stimme ich für meine Fraktion dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung zu.

Der Umweltbereich begegnet uns auch im Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Konkrete Maßnahmen des Klimaschutzes sind u. a. die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) in der Entengasse und der Thiebauthschule. Beim Albgaubad wird ebenfalls ein BHKW errichtet und in Ettlingen-West ist eine Holzhackschnitzelheizung für die Pestalozzischule vorgesehen.

Nachdem sich unsere Fraktion unter dem Gesichtspunkt des direkten Zugangs zur Stromerzeugung für eine Beteiligung am Kohlekraftwerk Brunsbüttel ausgesprochen hat, treten wir auch für eine Beteiligung an Offshore-Windkraftanlagen ein. Die Beteiligung der Stadtwerke an Energiegewinnungsanlagen aus Biomasse blieb bisher noch ohne Erfolg. Aber alles was mit der Vorsilbe „Bio“ anfängt ist sakrosankt und bleibt von Kritik verschont. Schließlich bemerken wir zum Thema „Geothermie“: Wir ermutigen die Stadtwerke, unsere Interessen um die bergrechtliche Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdwärme gegenüber dem Landesbergamt in Freiburg zu vertreten, damit die Voraussetzungen für Probebohrungen geschaffen werden. Hätten wir keine eigenen Stadtwerke, müssten wir uns im Haushaltsplan auch mit dem Abschnitt 57 – Bäder – befassen. Dank der gemeinwohlorientierten Unternehmenspolitik übrigens aller Stadtwerke, von der die örtliche Wirtschaft, die Bürger und die Kommune profitieren, sind wir von dieser finanziellen Last mit jährlich über 3 Mio. € befreit. Und nebenbei: Die Werke haben gezeigt, wie man den Neubau eines Bades sauber hinkriegt und der Badensee Buchzig erwartet trotz Buhl'scher Mühle auch 2009 Badegäste. Beide erfreuen sich steigender Beliebtheit und haben durch ihr Dasein Kritiker verstummen lassen.

Freizeit und Kultur

Durch seine landschaftlich reizvolle Lage verfügt Ettlingen über einen hohen Freizeitwert. In kürzester Zeit ist man in der freien Natur, und die Alb bringt Leben in die Mitte der Stadt. Unsere Bewohner können vielfältige Freizeiteinrichtungen besuchen, unter denen das ehemalige Landesgartenschau Gelände ein besonderer Magnet ist - leider aber auch für solche, die ein gestörtes Verhältnis zu fremden Sachen und Einrichtungen haben. An die Verwaltung geht deshalb die eindringliche Bitte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln konsequenter gegen Sachbeschädigung insbesondere im ehemaligen LGS-Gelände vorzugehen. Nicht einmal die kalte und ungemütliche Jahreszeit hat einige Wenige von Zerstörungen abgehalten.

Eine weitere Bitte richtet sich an die Verwaltung: Das Konzept des „Grünen Gürtels“ im Zuge künftiger Bauleitplanverfahren weiter zu verfolgen, nachdem der Gemeinderat von der Bewerbung am Landesprogramm „Natur in Stadt und Land“ Abstand genommen hat.

Die Bedeutung der Kulturpolitik haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin, in ihrer Haushaltsrede umfassend und mit Zahlenwerk unterlegt dargestellt. Ich erspare mir daher weitergehende Ausführungen und beschränke mich auf die Feststellung, dass die kulturellen Einrichtungen der Stadt ohne Kürzung von Haushaltsmitteln ihr Angebot weiterführen können. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik und zugleich Wirtschaftspolitik und mit den schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten ein wichtiger Standortfaktor. Den Veranstaltungen, insbesondere den Schlossfestspielen, wünschen wir einen guten Zuspruch und der immer noch jungen und jung bleibenden Musikschule gratulieren wir zum 30-jährigen Bestehen.

Gemeinschaftseinrichtungen

So wie die Familie ein Haus oder zumindest eine Wohnung als Lebensmittelpunkt braucht, gilt dies im übertragenen Sinn auch für dörfliche und städtische Gemeinschaften. Wir stehen zu solchen Gemeinschaftseinrichtungen in jeder Ortschaft und sind optimistisch, dass solche Einrichtungen nicht leer bleiben. Zur Erhaltung der örtlichen Infrastruktur stimmen wir der Generalsanierung der Bürgerhalle in Ettlingenweier und weiteren Aufwendungen für die Franz-Kühn-Halle in Bruchhausen zu. Für Spessart erwarten wir konkrete Schritte zur Realisierung des Saalanbaues beim TSV Spessart und für Schöllbronn wünschen wir eine baldige Entscheidung über die weitere Nutzung des ehemaligen Gasthauses „Engel“ einschließlich der Gestaltung des Dorfplatzes.

Ebenso wie bei manchen Hallen erwächst auch bei den Schulen und dem Schloss Sanierungsbedarf. Dazu hatte unsere Fraktion eine klare und eindeutige Meinung:

Sobald die Fördervoraussetzungen aus dem Konjunkturpaket II bekannt sind, werden wir entscheiden, mit welchen Maßnahmen wir beginnen. Ebenso klar war unsere Haltung zum Schloss: Zuerst Antragstellung auf Förderung und nach Bewilligung folgt die Entscheidung über das weitere Vorgehen. Wir wären unglaublich, nichts zu tun, nachdem der Gemeinderat am 02.02.2005 anlässlich der Haushaltsverabschiedung dem Prüfantrag unserer Fraktion bezüglich der Aufwertung des Schlosses entsprochen hatte.

Diesem Prüfauftrag steht nicht entgegen, zunächst mit der energetischen Sanierung zu beginnen. Wir stimmen der Einstellung von 11 Mio. € verteilt auf die Jahre 2009 bis 2011 unter Verwendung des anteiligen Zuschusses von rund 4 Mio. € zu. Schwerpunkt der Aufwendungen 2009 werden exakte Kostenermittlungen und Leistungsbeschreibungen durch Architekten sein, auch zur Festlegung einzelner Sanierungsabschnitte. Wer bei Gebäuden jüngeren Datums Maßnahmen zur Energieeinsparung für unabdingbar hält, kann gleiches beim Schloss, das in Würde alt geworden ist, nicht ausschließen.

Für alle Sanierungen gilt der Grundsatz: Perfektion kann nicht allein der Maßstab sein. Das besondere Augenmerk ist bei der Fülle der anstehenden Aufgaben auf die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Maßnahme und deren Finanzierbarkeit zu richten. Weiterer Grundsatz war für uns stets, Zuschussprogramme in Anspruch zu nehmen, solange

unser eigener Finanzierungsanteil darstellbar ist. Dies ist bei vielen Projekten noch der Fall. Unser Handlungsspielraum darf nicht zur Fesselung schrumpfen, und ein Hochschnellen der Pro-Kopf-Verschuldung nach der mittelfristigen Finanzplanung mit 24,62 € Ende 2008 auf rund 970 € bis zum Jahr 2012 ist für unsere Fraktion inakzeptabel.

Einleitend habe ich mich sehr ausführlich zur finanziellen Seite dieses Haushaltes geäußert. Das beste Kapital einer Stadt sind jedoch die Menschen, die sich engagieren und für andere Zeit haben. Neben den hauptberuflich erbrachten Dienstleistungen für alle Altersschichten ist ehrenamtliches Engagement von besonderer Bedeutung. Vielfach ist mit Geld allein nicht zu helfen. Es geht um mitmenschliche Nähe und persönliche Hilfe. Den vielen haupt- und ehrenamtlich Tätigen danken wir für ihr Tun, zum Wohl der Menschen und der bürgerlichen Gemeinschaft.

Ein besonderer Dank richte ich heute namens meiner Fraktion an den Kämmerer, Herrn Becker, der seit dem Jahr 1999 für die Haushalte der Stadt Ettlingen zuständig war. Es ist heute nicht der letzte Arbeitstag, aber der letzte Haushalt in einem Zeitraffer turbulenter Finanzmärkte. Ein Blick in den Haushalt seiner eigenen Dienststelle zeigt, dass Steigerungen der Personalausgaben nicht mit Automatismus verbunden sein müssen.

In Ihrer Jugend waren Sie ein exzellenter Fußballspieler, und ihre Mannschaft blieb zwei Jahre ungeschlagen. Als Mittelfeldspieler behielten Sie stets die Übersicht und wer über spielerische Qualitäten verfügt, braucht keine Trickserien oder gar versteckte Fouls. Diese charakterlichen Eigenschaften begleiteten Sie durch das ganze Berufsleben.

Abschiedsworte werden zu einem späteren Zeitpunkt gesprochen. Namens der CDU-Fraktion danke ich für den letzten von Ihnen begleiteten Haushalt 2009 und wünsche allen, die mit ihm zu arbeiten haben Erfolg bei der Umsetzung. Mit dem Dank an die gesamte Belegschaft der Kämmererei, den Amtsleitern, der Dezernentin und der Oberbürgermeisterin verbinden wir die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem umfangreichen Werk.“

Oberbürgermeisterin Büsselmaier weist darauf hin, dass das Thema „Koehler Decor“ für eine der nächsten Sitzungen geplant sei.

Stadtrat Deckers hält für die FE-Fraktion folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem das erste Quartal des Jahres bereits abgelaufen ist, beraten wir heute über den Haushalt 2009.

Wir wollen erneut Weichen stellen, für die Zukunft unserer Stadt. Was sind dabei unsere obersten Ziele? Wir wollen unsere Stadt lebens- und liebenswert erhalten und wollen sicherstellen, dass unsere Bürger sowohl jetzt, wie auch in den folgenden Jahren die Leistungen von unserer Stadt erhalten, die sie benötigen und zu Recht von uns erwarten.

Wir können unseren Bürgern nur Leistungen anbieten, die wir auch bezahlen können. Der berechnete Anspruch unserer Bürger zielt daher auf eine solide Haushaltspolitik, die sicherstellt, dass wir nicht nur im laufenden Jahr Leistungen erbringen können, sondern auch so planen, dass wir in den Folgejahren keine Leistungen streichen müssen, die für die Lebensqualität von Bedeutung sind.

Die Kontinuität der bei der Erbringung dieser Leistungen korrespondiert unmittelbar mit dem Grundsatz, diese Leistungen bezahlbar zu halten. Wenn wir das, was die Bürger für die Leistungen bezahlen müssen teurer machen, können nicht mehr alle diese Leistungen in Anspruch nehmen.

So möchte ich in Erinnerung rufen, dass dieser Gemeinderat in den vergangenen Jahren zum Beispiel die Gebühren für Bestattungen, für kommunale Dienstleistungen bei Bauprojekten, den Musikschulunterricht und die Hundesteuer nachhaltig erhöht hat.

Spielräume, unsere kommunalen Einnahmen durch Gebührenerhöhungen zu finanzieren, bestehen daher kaum noch. Für uns ist es auch von besonderer Wichtigkeit, dass wir die Politik der moderaten städtischen Steuerhebesätze wie Gewerbesteuer, Grundsteuer beibehalten. Dabei geht es uns nicht um die steuerliche Entlastung von Großverdienern sondern ausschließlich darum, die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes zu sichern und weiter auszubauen. Die Menschen, die in Ettligen leben, sollen weiter in Ettligen Arbeit finden; unsere – im Vergleich zu anderen Kommunen – weit überdurchschnittlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer wurden ganz wesentlich durch unsere am unteren Rand des Mittelfeldes angesiedelten Steuersätze unterstützt.

Wir wollen also unser Leistungsspektrum erhalten, den jeweiligen Ansprüchen der Zeit anpassen können und für Einnahmesicherheit und Stabilität der Beiträge, die wir von unseren Bürgern verlangen, sorgen.

Wenn man sich in diesem Frühjahr die Haushaltsrede unserer Oberbürgermeisterin vom 18. Dezember noch einmal durchliest, scheint all dies gesichert, Ettligen auf dem richtigen Weg zu sein.

Frau Oberbürgermeisterin sagte damals: *„Doch in Ettligen haben wir unter meiner Führung – im Gegensatz zu den meisten anderen öffentlichen Haushalten – in den letzten Jahren Rücklagen angelegt. Seit meinem Amtsantritt wurde die Verschuldung der Kämmerei praktisch völlig zurückgeführt und gleichzeitig der Stand der Rücklagen auf das Rekordniveau von nahezu 23 Millionen ausgebaut.“*

Auf den ersten Blick eine gute Ausgangsposition.

Leider sind diese Ausführungen jedoch nur die halbe Wahrheit.

Lassen Sie mich dazu ihre Aufmerksamkeit auf einen Teil des Haushalts lenken, der weder in der Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin noch in den Beratungen eine nennenswerte Rolle spielte: den Haushalt der Stadtwerke Ettligen.

Sie erinnern sich sicherlich an die Diskussion vor gut 2 Jahren über den Neubau des Freibades. Sie erinnern sich auch sicherlich noch an die Zeiten, in denen unsere Stadtwerke Jahresüberschüsse erwirtschafteten.

Vergleichen Sie diese Zeiten mit den zukünftig erwarteten Ergebnissen der Stadtwerke (Seite 512 des Haushaltsentwurfes für 2009)

2009 Verlust 483 T€
2010 Verlust 811 T€
2011 Verlust 1.109 T€
2012 Verlust 1.778 T€
2013 Verlust 2.287 T€

Dies ergibt in der Summe für dieses Jahr und die kommenden vier Jahre einen Verlust von rund 6,5 Millionen Euro. Im Haushaltsplan 2008 war für den Zeitraum bis 2011 noch ein gut ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert.

Zugleich haben wir die Gewissheit, an dieser heutigen Prognose auch kaum noch etwas ändern zu können; die Faktoren, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, hat unter anderem dieser Gemeinderat beschlossen. Sie wirken sich in der Zukunft aus. Die Idee, durch eine Beteiligung in ein Kohlekraftwerk eine Dividende zu erwirtschaften, um langfristig die Verlustsituation zu mildern kann ich zwar verstehen, aber nicht billigen. Auch die Schweizer „Rätia“ die uns – noch ohne Namensnennung - als Großinvestor angekündigt worden war, strebt, wie aus zuverlässigen Meldungen zu entnehmen ist, langfristig nur eine Minderheitsbeteiligung am Kohlekraftwerk Brunsbüttel an. Auch andere scheinen daher im Projekt Risiken zu sehen. Unser Ansatz damals, die Beteiligung der Stadtwerke an Brunsbüttel auf die Hälfte zu mindern, war daher richtig.

Die Verlustsituation der Stadtwerke durch den Verkauf von Aktien des ehemaligen Badenwerkes zu beseitigen, ist in Anbetracht der Entwicklung der Aktienkurse auch nicht mehr möglich.

Das mit der Investition „Freibad“ auch die Darlehensaufnahme bei den Stadtwerken nachhaltig erhöht wurde, bedarf sicherlich keiner besonderen Erwähnung.

Insgesamt kann man die Situation der Stadtwerke Ettlingen daher nur als äußerst unbefriedigend zu bezeichnen.

Ich habe das Beispiel „Stadtwerke“ an den Anfang meiner Ausführungen gestellt, weil ich denke, wir sollten daraus die eigentlich sehr schlichte Wahrheit mitnehmen, das alles, was wir ausgeben, auch irgendwann bezahlt werden muss.

Die gleiche Erfahrung machen wir beim Eigenbetrieb Abwasser. Auf 35 Millionen Euro beläuft sich bis Ende 2009 der Schuldenberg. Gut 5 Millionen Euro mehr als zum Amtsantritt von Frau Oberbürgermeisterin. Die Notwendigkeit weiterer Investition und – wenn wir nicht strukturell etwas ändern – weiterer Kreditaufnahmen ist abzusehen.

Die Schulden des Abwasser Eigenbetriebes verursachen bereits heute jährlich Zinsen in Höhe von circa 1,5 Millionen €, die der Gebührenzahler für das Abwasser aufbringen muss. Wenn wir uns jetzt bemühen, unsere Abwassermenge oder die Menge der eingebrachten Schadstoffe zu mindern, hilft uns dies auf der Gebührensseite überhaupt nicht. Gleich, ob wir wenig oder viel Abwasser einbringen, die Schulden, die Zinsen und der Wertverlust unserer, mit Krediten finanzierten Abwasseranlagen bleibt gleich. Er muss nur anders verteilt werden. Lassen Sie mich daher zusammenfassen, dass in den letzten Jahren zwar die Schulden unserer Kämmerei, die sich Anfang 2002 auf rund vier Millionen € beliefen abgebaut wurden, gleichzeitig aber in anderen Teilen unseres Haushaltes wesentlich höhere Schulden aufgenommen wurden.

Ob diese politisch so besonders lobenswert ist, wie von Frau Oberbürgermeisterin in ihrer Haushaltsrede ausgeführt, mag jeder für sich selbst beurteilen.

Richtig ist allerdings, dass eine unerwartet gute wirtschaftliche Entwicklung uns in den Jahren 2004 bis 2008 Einnahmen beschert hat, mit denen keiner gerechnet hat; wir haben heute daher in der Tat eine beachtliche Rücklage, die allerdings mit Abstand nicht einmal reicht, um die Schulden aus dem Eigenbetrieb „Abwasser“ auszugleichen.

Erwähnt werden soll schließlich auch, dass unsere Rücklage heute nicht in der Höhe vorhanden wäre, wenn der Gemeinderat Vorschläge oder besser „Begehrlichkeiten“ der Verwaltung nicht wiederholt abgelehnt hätte. Die Generalsanierung am Gebäude am Kirchenplatz soll nur ein Stichwort sein, das für viele andere vom Gemeinderat abgelehnte Wünsche der Verwaltung steht.

Zu erinnern ist auch an die wenigen Monate von der Verwaltung präsentierten Idee eines Rathausneubaus, die von Gemeinderat mit großem Unverständnis aufgenommen wurde. Man kann heute in Anbetracht der vorliegenden Wirtschaftszahlen ohne als Pessimist abgestraft zu werden behaupten, dass diese „guten Zeiten“ der sprudelnden Einnahmen fürs erste vorbei sind.

Wie reagiert unsere Stadt auf diese geänderten Verhältnisse?

Nahe liegend wäre der Gedanke, wir haushalten sparsam und leben ein wenig von unseren Rücklagen. Wir gehen keine neuen Großinvestitionen an, die dann ähnliche Spätfolgen haben können, wie bei den Stadtwerken aufgezeigten.

Berücksichtigen sollten wir auch, dass wir zahlreiche Großinvestitionen wie das neue Feuerwehrhaus, die notwendige Generalsanierung der Wilhelm-Lorenz –Realschule, die Bürgerhalle Ettlingenweier, die Sanierung der Franz-Kühn-Halle in Bruchhausen, den Ausbau des TSV in Spessart, die Sanierung des Kindergartens in Ettlingenweier entweder schon beschlossen haben oder beschließen müssen.

All dies müssen wir auch bezahlen.

Frau Oberbürgermeisterin Büssemaker geht mit dem von ihr vorgelegten Haushalt einen ganz anderen Weg:

In 2009 ist bereits eine neue Schuldenaufnahme von 7,5 Millionen € und eine Entnahme aus den Rücklagen von über 9 Millionen € vorgesehen.

Bis 2012 wollen Sie, Frau Oberbürgermeisterin dann nach dem Haushaltsplanentwurf die entnahmefähigen Teile der Rücklage weitgehend entnommen haben und gleichzeitig neue Schulden für unsere Stadt in Höhe von 36,8 Millionen € aufgenommen haben. Dieser Betrag würde sich durch die anstehende Sanierung der Wilhelm-Lorenz-Realschule sogar weiter erhöhen.

Frau Oberbürgermeisterin, es ist eine politische Frage, ob man diesen Weg mitgehen will. Wir von FE werden diesen Weg nicht mitgehen. Für uns ist das Risiko, dass dieser Weg an den wirtschaftlichen Abgrund führt, zu groß. Das, was wir durch die immensen von Ihnen geplanten Schulden gewinnen können, steht in keinem Verhältnis zu den Risiken, die wir eingehen. Welche Entscheidungsspielräume überlassen Sie zukünftigen Gemeinderäten, zukünftigen Verwaltungen? Bleiben überhaupt noch wirtschaftliche Spielräume auf die Anforderungen der Jahre nach 2012 zu reagieren? Wie sollen dauerhaft Zinsen aus (neben den Abwasserschulden) neuen Schulden von 36 Millionen € erwirtschaftet werden? Es ist doch bereits heute eine Unterdeckung des Verwaltungshaushaltes für die nächsten Jahre prognostiziert. Und, was geschieht, wenn die Konjunktur nach 2010 nicht so anspringt, wie erhofft?

Wir befinden uns mitten in großen wirtschaftlichen Veränderungen. Zahlreiche Ettlinger Unternehmen sind, wie die gesamte deutsche Wirtschaft, stark abhängig vom Export. Woher nehmen wir den Glauben, dass die derzeitige Krise nur wenige Spuren in Ettlingen hinterlassen wird?

Sie haben in Ihrer Haushaltsrede ausgeführt, dass Ettlingen in den letzten Jahren im Durchschnitt 12,6 Millionen € im Jahr investiert hat. Dabei handelte es sich zum großen Teil um „laufende Projekte“ wie die Neugestaltung von Straßen, Spielanlagen, grundlegende Investition in Hallen. Wir haben heute die Aufgabe, sicherzustellen, dass wir solche Projekte auch in Zukunft schultern können.

Das heißt: wir müssen Schwerpunkte setzen.

Welche Projekte und welche kommunalen Aufgaben sind für uns von besonderer Wichtigkeit? Hier möchte ich als Erstes den Ausbau der kindlichen und frühkindlichen Betreuung und weitere Optimierung unseres Schulangebotes, auch im Bereich Ganztagschulen nennen. Als wir von FE vor fünf Jahren angetreten sind, waren im kommunalen Haushalt gerade € 5.000,00 Zuschuss für den Tageselternverein vorgesehen. Weitere Angebote für Kinder unter 3 Jahren gab es nicht. Wir bewundern die Arbeit des Tageselternvereins und zollen den Aktiven den größten Respekt.

Gleichwohl ist es uns in der Vergangenheit gelungen, das Betreuungsangebot für Kleinkinder unter drei Jahren nachhaltig weiter auszubauen. Sie, Frau Oberbürgermeisterin, erwähnen in Ihrer Haushaltsrede dass wir in diesem Jahr den Ausbau von 5 Einrichtungen mit 50 Krippenplätzen planen. Sie haben Recht, Familienfreundlichkeit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir haben für Investitionen in Kindergärten und Krippen über 1 Million € vorgesehen und unterstützen die Kinderbetreuung in den Kindergärten mit jährlich 3,9 Millionen €. 370.000,00 € sind für die Bezuschussung in Krippenplätzen vorgesehen.

Dieses Angebot aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen ist eines unserer vorrangigsten Ziele. Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob man selber sein Kleinkind in eine Kinderkrippe geben würde. Es gehört zum Entscheidungsspielraum, zum Selbstbestimmungsrecht junger Eltern diese Entscheidung eigenverantwortlich treffen zu können. Wir als Kommune haben die Aufgabe hierfür die Möglichkeiten anzubieten. Dies gilt für Ettlingen umso mehr, sind wir doch die demographisch zweitälteste Stadt in Baden-Württemberg. Wenn wir im Gemeinderat immer wieder über die Frage diskutieren, wie wir „junge Familien“ nach Ettlingen holen können, müssen wir auch handeln. Ein gutes Betreuungs- und Schulangebot erscheint mir ein ganz wesentlicher Faktor zu sein.

Aber auch der weitere Ausbau von Ganztagschulen, wie wir es zum Beispiel am Schulzentrum praktizieren, hat für uns einen hohen Stellenwert. Auch hier gilt es, ein zeitgemäßes Bildungsangebot bereit zu halten, damit wir als Bildungs- und Schulstandort weiterhin anerkannt bleiben. Aus diesem Grunde genießt z. B. für uns auch die Sanierung der Wilhelm-

Lorenz-Realschule einen ganz hohen Stellenwert. Wir werden alle Haushaltsmöglichkeiten ausnutzen um diese Schule zu sanieren und den Schülern dieser Schule gute Voraussetzungen für ihre Schulbildung und damit den Start in ein Berufsleben zu geben.

Falsch wäre es allerdings zu glauben, dass nach der Wilhelm-Lorenz-Realschule unser Sanierungsbedarf in den Schulen gedeckt ist. Zahlreiche große und kleine Maßnahmen, nicht nur in den weiterführenden Schulen, haben wir in der Zukunft zu bewältigen. Ich erinnere nur beispielhaft an die beschlossenen Gutachten zur energetischen Situation unserer Schulen. Für solche Maßnahmen müssen wir die erforderlichen Haushaltsspielräume aufrechterhalten.

Zu den Ausstattungen, die für unsere Schulen zeitgemäß sind, gehört auch ein zeitgemäßes EDV-System. In einer Welt, die durch Computer und Internetanwendungen weitgehend beherrscht wird, müssen wir den Schülern die Möglichkeit geben, diese neuen Technologien rechtzeitig zu lernen. Dies ist ein großer Vorteil im späteren Berufsleben. Es freut uns daher ganz besonders, dass wir im Verwaltungsausschuss eine Mehrheit für unseren Antrag, die Investitionen in das EDV-System der Schulen nachhaltig zu erhöhen, finden konnten.

Von besonderer Bedeutung ist für uns auch, das reichhaltige Kulturleben in unserer Stadt zu erhalten und zu fördern.

Dieses Kulturleben beruht für uns auf drei Säulen:

Zum einen den Veranstaltungen, die wir als Stadt Ettlingen veranstalten, zum anderen auf den Aktivitäten unserer zahlreichen Vereine, ohne die unsere Kultur nicht denkbar wäre und schließlich auf zahlreichen städtischen Bildungs- und Kultureinrichtungen wie Stadtbibliothek und Musikschule.

Wir stehen zu den Schlossfestspielen; wünschen uns aber auch, dass es der Intendanz gelingt, die Besucherzahl zu erhöhen. Wir sind hier auf einem richtigen Weg, den wir im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten weiter gehen werden.

Für die kulturellen Aktivitäten unserer Vereine ist es wichtig, ihnen Raum für ihre Veranstaltungen zu geben. Wir unterstützen daher den Ausbau des Vereinsheims des TSV Spessart, das Projekt im ehemaligen Engel in Schöllbronn, das Projekt Bürgerhalle in Ettlingenweier, ebenso wie die Sanierung der Franz-Kühn Halle in Bruchhausen. Die zahlreichen Veranstaltungen unserer Vereine erzeugen ein Zusammengehörigkeitsgefühl von uns in Ettlingen, sichern gute Unterhaltungen und sind Bestandteil eines Präventionsprogrammes, Jugendliche auf ihren Weg ins Leben zu begleiten und von Risiken fernzuhalten.

Zu den wesentlichen, unbedingt zu erhaltenden Einrichtungen gehört aber auch unsere Musikschule, die regional von übergeordneter Bedeutung ist, die Volkshochschule und auch das Museum. Wir werden allerdings alle Pläne die Nutzung des Museums zu verbessern und die Kostenrelation zu optimieren, unterstützen.

Gleiches gilt für die unverzichtbare Einrichtung in der Stadtbibliothek.

Wesentlicher Bestandteil unserer städtischen Kultur sind auch unsere aktiven Senioren des Seniorenzentrums. Trotzdem wollen wir uns dem Vorschlag, für den Seniorenbeirat eine Halbtagsstelle zu bewilligen, nicht anschließen. Wir erleben unsere Senioren als eine aktive, gestaltende Gruppe in unserer Stadt. Wir meinen, dass dieses beachtliche ehrenamtliche Engagement durch einen fest angestellten Mitarbeiter letztlich nicht gewinnen würde.

Ich bitte um Nachsicht, wenn ich viele Institutionen, Vereine, private Initiativen, die alle ganz wesentlich zum „Wir-Gefühl“ in Ettlingen beitragen, aus Zeitgründen nicht nennen kann. Wir freuen uns darüber, dass es so viele sind.

Meine Damen und Herren, bei den wichtigen Aufgaben unseres kommunalen Lebens, die ich vorstehend aufgezählt habe, handelt es sich zu einem großen Teil um freiwillige Aufgaben, zu einem weiteren Teil um Aufgaben die man mit dem Einsatz von mehr oder weniger Mitteln unterstützen kann. Hier hat der Gemeinderat Entscheidungskompetenz.

Die Entscheidungskompetenz des Gemeinderats kann und wird sich jedoch immer an den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die unser Haushalt bietet, orientieren müssen.

Es gilt daher politisch Wichtiges von politisch weniger Wichtigem zu unterscheiden und im Einzelfall zu fragen, welche Lasten und welche Nutzen uns durch einzelne Maßnahmen entstehen.

Lassen Sie mich daher zu einem zentralen Thema dieser Rede, der geplanten Investition in das Ettlinger Schloss kommen. Sie wissen, dass die FE-Fraktion geschlossen gegen eine solche Großinvestition in das Ettlinger Schloss ist. Wir sind der Meinung, dass Lasten und Nutzen bei diesem Projekt in keinem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Wir sehen auch das Risiko, dass durch eine solche Großmaßnahme bei einem einzelnen Projekt unser gesamter kommunaler Haushalt aus seinen Fugen gerät.

Der Weg, den jetzt der Gemeinderat mit der Zurverfügungstellung eines Betrages allein für Planungskosten in Höhe von 1 Million € beschreitet und der in den Jahren 2010 und 2011 jeweils 5 Millionen € vorsieht, ist für uns der falsche Weg.

Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben dem Verwaltungsausschuss am vergangenen Dienstag eine Vorlage unterbreitet, die auf die Kostenschätzung des Architekturbüros Archis für das Schloss vom August/September 2008 beruht. In dieser Kostenschätzung ist von Gesamtkosten in Höhe von rund 21,6 Millionen € die Rede. Dieser Betrag kann aber nur dann gehalten werden, wenn sich bei der Sanierung und dem Umbau in ein Veranstaltungszentrum keine Überraschungen ergeben und wenn die Maßnahmen in einem Zug, ohne Störungen durchgeführt werden kann.

Es ist zwar sehr erfreulich, dass wir mit dem Zuschussbescheid des Landes in Höhe von 5,4 Millionen € zu dieser Maßnahme eine ungewöhnlich hohe Förderung erreichen würden. Wir müssen uns aber trotzdem fragen, ob wir eine solche Maßnahme, auch wenn die Zuschüsse sich möglicherweise zum guten Schluss auf fast 6,8 Millionen € belaufen sollten, tatsächlich finanzieren können. Uns bleiben für diesen Fall immer noch ca. 15 Millionen € die wir – selbst dann wenn es keine Kostensteigerungen gäbe – selber aufbringen müssen.

Ich habe zu Anfang meiner Rede darauf hingewiesen, dass wir in Ettlingen in den vergangenen Jahren jährliche Mittel in Höhe von 12,6 Millionen € investiert haben. Die Einzelmaßnahme „Veranstaltungszentrum Schloss“ würde also unser Investitionsvolumen, welches wir normalerweise in einem Jahr für zahlreiche Projekte verwenden, mehr als vollständig in Anspruch nehmen.

Was hat dies für Folgen?

Zunächst einmal müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die Investitionssummen, die uns zur Verfügung stehen, konjunkturbedingt in den nächsten Jahren eher weniger werden. Selbst wenn dies nicht der Fall wäre, müssten wir restlos alle Projekte, in die wir investieren wollten und die anstehen im Durchschnitt um 1 ¼ Jahre verschieben. Sicherlich besteht eine andere Alternative darin, einen Teil der Projekte zu realisieren und einen Teil zu schieben. Diesen müsste dann aber auf einen wesentlich längeren Zeitraum als 2 Jahre erfolgen. Wollen wir tatsächlich den Bürgern in 1 oder 2 Jahren sagen, wir können keine neuen Spielgeräte auf dem Spielplatz stellen weil wir durch die Sanierungskosten des Schlosses dermaßen belastet sind, dass wir das Geld nicht haben? Wollen wir tatsächlich die Umsetzung der energetischen Gutachten über die Schulgebäude dann zurückstellen, weil wir unsere Mittel anderweitig gebunden haben?

Wollen wir tatsächlich mit dem TSV Spessart und den Spessarter Bürgern über eine Erhöhung der Baukosten des TSV Heimes von € 100.000,00 diskutieren, wenn wir gleichzeitig in unserer Innenstadt Mittel von 20 Millionen € in unser Schloss stecken?

Für uns von FE gibt es am Projekt „Veranstaltungszentrum Schloss“ demnach vor allem zwei elementare Kritikpunkte:

Zum einen führt die Realisierung des Projekts zu einer zwangsläufigen Erhöhung unserer kommunalen Schulden in Größenordnungen, die wir bisher nicht kannten und schränkt daher die Möglichkeit zu anderen Investitionen ein, zum anderen sehen wir ein ganz erhebliches Risiko; wir halten es sogar für wahrscheinlich, dass wir langfristig unsere sonstigen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können und an unserem Leistungsangebot Streichungen dort vor-

nehmen müssen, wo wir sie am wenigsten wollen oder an der Gebühren- und Steuerschraube drehen müssen. All dies würde unseren Standort nachhaltig schwächen.

Wir sind daher gegen das Projekt „Veranstaltungszentrum Schloss“ und werden alle uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel nutzen, um eine solche Großinvestition politisch zu verhindern.

Die jetzt erfolgte Einstellung von 1 Million € weiteren Planungskosten in den Haushalt 2009 und die geplanten Ausgaben in Höhe von 5 Millionen € für 2010 und weiteren 5 Millionen € für 2011 ist für uns eine Mogelpackung, aber auch ein Schritt in eine Schuldenfalle. Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben mir am 12.03.2009 geschrieben, dass Sie gerne wüssten, wie ich zu meiner Anfang März im Amtsblatt getätigten Aussage komme,

„dass die Sanierung des Schlosses nun mit Kosten in Höhe von 12 Millionen € zu bewerkstelligen wäre. Diese Zahl kann die Verwaltung überhaupt nicht nachvollziehen.“

Auf Ihre Veranlassung wurden aber jetzt im Haushalt auf Ihr Betreiben (und der mittelfristigen Finanzplanung) nunmehr 11 Millionen € eingestellt. Dies kann doch nach Ihren Darlegungen im Schreiben an mich vom 12.03.2009 überhaupt keinen Sinn machen.

Auch in den Ausführungen im Verwaltungsausschuss haben Sie darauf hingewiesen, dass die Zuschussberechnung des Landes und Regierungspräsidiums im Großen und Ganzen von der vollständigen Realisierung der Maßnahme ausgeht.

Der von Ihnen genannte Begriff der „energetischen Sanierung“ hilft uns auch nicht weiter. Sie haben in den Haushalt 2009 rund 70 T€ jährlich für Heizkosten etc. für das Schloss eingestellt. Selbst wenn sie diese jährlichen Kosten durch die „energetischen Maßnahmen“ halbieren, dauert es rund 300 Jahre, bis sich ihre hierfür eingesetzten Mittel von 11 Mio. € rechnen. (Dabei sind Zinsen noch nicht einmal berechnet.) Wenn es um Energieeinsparung und Klimaschutz geht, gibt es in Ettlingen sicherlich viele kommunale Gebäude, bei denen die eingesetzten Mittel zu effizienteren Energieeinsparungen führen.

Wir denken daher, es ist an der Zeit, dass Sie dem Gemeinderat klar und unmissverständlich erklären, welche Gesamtmaßnahme er mit der Bewilligung von 1 Million € Planungskosten anstoßen soll und welche Folgekosten in den nächsten Jahren auf die Stadt tatsächlich zukommen.

Wir haben immer wieder klargestellt, dass wir uns nicht gegen notwendige Instandhaltungsarbeiten am Schloss sperren. Wenn es demnach einen Plan gäbe, der die Sanierung des Schlosses in mehreren, kalkulierbaren einzelnen Schritten vorsähe, bei denen der Gemeinderat nach jedem einzelnen Schritt entscheiden könnte, ob er die Haushaltsmittel für den nächsten Schritt zur Verfügung hat und zur Verfügung stellen will, würden wir uns dem nicht entgegen stellen. Allerdings macht es für uns keinen Sinn, jetzt für solche Planungskosten im Jahr 2009 den Betrag von 1 Million € in den Haushalt einzustellen.

Wir meinen, dass es für die Erarbeitung eines Planes, wie das Schloss im Verlaufe mehrerer Jahre in einzelnen Schritten instand gehalten und saniert werden kann, einer solchen Summe nicht bedarf. Wir **beantragen daher**, die Planungsrate für das Schloss von 1 Million € auf € 500.000,00 zu reduzieren.

Für uns ist diese Entscheidung von solch großer Wichtigkeit, dass wir die Frage, ob wir diesem Haushalt zustimmen können oder nicht, von der Entscheidung über unseren Antrag abhängig machen. Für uns steht die Zukunft unserer Stadt auf dem Spiel und hierfür bedarf es eines klaren Votums.

Lassen Sie mich noch einmal auf den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung zurückkommen. Wie Sie wissen, haben meine Fraktionskollegen auf die Probleme, die mit der Verschuldung dieser Abteilung des Haushalts verbunden sind, gestern in einem öffentlichen Aufruf an die Gemeinderatskollegen hingewiesen.

Es war in den achtziger und neunziger Jahren nicht unüblich, den Bereich „Abwasser“ in einen Eigenbetrieb umzuwandeln, um die mit dem Abwasser verbundenen Schulden aus

dem Haushalt heraus zu nehmen und damit den Haushalt optisch und auch für die erforderliche Genehmigung durch das Regierungspräsidium zu entlasten. In diesem Zusammenhang entstand auch der Begriff der „rentierlichen Schulden“. Darunter wurden die Schulden verstanden, deren Kapitaldienst durch die Inanspruchnahme der mit ihnen finanzierten Einrichtungen erbracht werden konnte.

Bis zum heutigen Tage haben sich jedoch die Verhältnisse nachhaltig geändert:

Nach dem Haushaltsplan hat der Eigenbetrieb Abwasser zum Jahresende 2009 eine Verschuldung von rund 35 Millionen bei Kreditinstituten, hinzukommen 6,5 Millionen € bei „Mutter“ Stadt. Diese Beträge sind ein Mehrfaches dessen, was bei der seinerzeitigen Ausgliederung des Eigenbetriebs „Abwasser“ an Schulden vorhanden war. Hinzu kommt, dass die zukünftigen jährlichen Investitionen von ein bis zwei Millionen Euro durchweg über weitere Kredite finanziert werden müssen. Das bedeutet, die Verschuldung erhöht sich stetig weiter und damit auch die Zinsbelastung und damit auch die Gebühren.

Bei einem Gesamtvolumen des Eigenbetriebes von rund 6,5 Millionen € machen allein die Zinsen fast 1,5 Millionen € oder ca. ein Viertel der Abwassergebühren aus. Es fällt daher zunehmend schwerer, mit dem Begriff der „rentierlichen Schulden“ umzugehen. In den vergangenen Jahren wurde der Gebührensatz (1,69 Euro je Kubikmeter) stabil gehalten, weil es aus dem Haushalt Zuschüsse gab. 2009 sind die Einnahmen dafür zu gering. Folge: Die Gebühren werden um 40 Cent je Kubikmeter (23,6 Prozent plus) auf 2,09 € angehoben. Von diesem Betrag werden 2009 allein 56 Cent für Zinsen fällig. Ohne Schulden könnte die Gebühr also sogar gesenkt werden.

Bei weiterer Verschuldung und damit höheren Zinsen ergibt dies für die Zukunft zwangsläufig ein ständiges Drehen an dieser Gebührenspirale.

Um ernsthaft Schuldenabbau zu betreiben, müssten die Gebühren um rund 50 Prozent erhöht werden. Wir in Ettlingen hätten dann die mit höchsten Abwassergebühren weit und breit. Trotz einer solchen Erhöhung würde der Schuldenabbau mindestens 15 Jahre (abhängig von erforderlichen Investitionen) dauern. FE sieht eine solche Erhöhung den ohnehin zunehmend belasteten Bürgern gegenüber als unsozial an, gleichzeitig schwächt es die gewerbetreibenden Betriebe in schwieriger wirtschaftlicher Situation.

Wir wollen daher an dieser Stelle eine Veränderung in der Konzeption unseres Haushaltes, wir wollen die Schulden, die mit dem Abwasser zusammenhängen zukünftig mehr in den Vordergrund des Haushaltes stellen und diese Schulden und ihren Abbau damit zum Gegenstand unserer Finanzplanung machen.

Im Gegensatz zum Projekt „Veranstaltungszentrum Schloss“ bei dem wir verhindern wollen, dass wir in ein mit hohen Schulden verbundenes Projekt hineinlaufen, wollen wir beim Thema Eigenbetrieb Abwasser, dass wir aus einem mit hohen Schulden verbundenen Projekt herauskommen.

Wir wollen daher die Abwasserbeseitigung wieder in den städtischen Haushalt eingliedern und über Jahre hinweg die Schulden abbauen.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

Antrag: Die Fraktion für Ettlingen-FE beantragt, den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung aufzulösen und die Abwasserbeseitigung wieder in den allgemeinen städtischen Haushalt zurückzuführen.

Wir hoffen, angesichts der finanziellen Brisanz des Themas, auf Unterstützung aus allen Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates.

Lassen Sie mich klarstellen, dass wir – anders als beim Thema Schloss – unsere Zustimmung zum Haushalt nicht von unserem vorstehenden Antrag abhängig machen. Wir wün-

schen uns selbstverständlich eine Zustimmung zu unserem Antrag, das Belassen eines alten Zustandes hat für uns jedoch eine andere Qualität als die Schaffung neuer Schuldenquellen.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Ausschuss- und Gemeinderatskollegen für die äußerst faire und sachliche Atmosphäre in den Haushaltsberatungen.

Ich möchte diesen Redebeitrag nicht schließen, ohne der Kämmerei für die engagierte Mitwirkung bei den Haushaltsberatungen der Fraktionen, auch im Namen der FE-Fraktion zu danken. Wir freuen uns auch sehr, dass Herr Schlee hier nahtlos an bewährte Traditionen von Herrn Becker anknüpft.

Wir wünschen, dass die Zahlen, die die Kämmerei unseren Bürgern und dem Gemeinderat in Zukunft präsentieren kann, so positiv bleiben, wie sie es in Ettligen über lange Jahre waren.“

Stadträtin Hofmeister hält für die SPD-Fraktion folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Büsselmann,
verehrte Frau Bürgermeisterin Petzold-Schick,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, zum ersten Mal für die Fraktion der SPD die Haushaltsrede zu halten; bitte messen Sie mich aber nicht an meinem wortgewaltigen Vorgänger, Wolfgang Lorch. Sie hoffen, ich fasse mich kürzer? Schau'n wir mal.

„Die innere Qualität der Stadt stärken“ ...

...das ist der Schwerpunkt, den die SPD im Haushalt 2009 setzt. Denn gerade in einer Krise gilt es, sich auf die eigene Kraft und Fähigkeiten zu besinnen.

„Die wertvollste Investition überhaupt, ist die in den Menschen“, so formulierte schon um 1750 der Philosoph [Rousseau](#).

Für uns bedeutet das:

- Gerechte Chancen für alle Kinder und Jugendliche
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Ausbau und Vernetzung der sozialen Strukturen
- Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger und gleichberechtigte Teilhabe – auch der Menschen mit Behinderungen

und nicht zuletzt :

- Stärkung des örtlichen Gewerbes, Handwerks und Handels
- sowie eine sensible Gestaltung des Stadtbildes und Schutz der Umwelt.

Deshalb fordern wir für den Haushalt 2009:

Mehr Investitionen in und für Menschen

„Sozialdemokraten und Finanzwirtschaft, das passt nicht“? Ein dummes Vorurteil, das sich hartnäckig hält. Ich frage Sie: „Wo sind sie denn, die cleveren Finanzgenies und glühenden Anhänger des „freien Marktes“ ohne Grenzen und Moral? Und obwohl sich das System als falsch erwies, gelten bei manchen politisch Verantwortlichen immer noch Investitionen in „Menschen, d.h. in Arbeitsplätze – ob beim Staat selbst, in einer Firma oder als Zuschuss an soziale Dienste – als „verschwendet“, Investitionen in Sachwerte dagegen als „vernünftig“. Dabei ist selbst wissenschaftlich bewiesen: Während Investitionen in Sachen, wie z.B. in neue Bauten, immer Nachfolgekosten mit sich bringen, zahlen sich Investitionen in die soziale Struktur aus. Ein Euro spart hier bis zum Dreifachen an Folgekosten.

Wechselnd bewölkt?

Der Haushalt 2009 – in der Sprache des Wetterdienstes formuliert – steht wohl eher unter dem Einfluss „anrückender Tiefs“ noch unbekanntem Ausmaßes. Zwar spürt die Stadt noch den Einfluss des letztjährigen „Hochs“, denn auch 2008 schloss wieder einmal deutlich positiver ab, als geschätzt.

Kritisch angemerkt sei aber, dass die Rückstellungen der letzten Jahre nicht allein durch die sprudelnde Gewerbesteuer entstanden, sondern auch, weil viele Probleme nicht konsequent genug angegangen wurden. So schiebt die Stadt seit vielen Jahren – trotz der, von der OB in ihrer Haushaltsrede stolz aufgezählten Investitionen – notwendige Sanierungen in zehnfacher Millionenhöhe vor sich her. Besonders bei Schulen und Hallen. Und in Kanalisation und Straßenbau ticken jede Menge „Zeitbomben“.

Die Wiederholung des Zahlenwerks, das schon mehrmals aufgezählt wurde, will ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren ersparen und mich auf wenige wichtige Eckzahlen beschränken.

Zum Verwaltungshaushalt ...

Hier hat der Kämmerer die Einnahmen aus der Gewerbesteuer – für seine Art überraschend optimistisch – nur wenig niedriger als im Vorjahr angesetzt. Hoffen wir gemeinsam, dass sich die Erwartung erfüllt! Zusammen mit den Finanzaufweisungen des Landes, wurde ein Verwaltungshaushalt von immerhin 94,0 Mio. Euro erstellt. Doch die kalkulierten Einnahmen reichen nicht zur Deckung. Nach Jahren droht erstmals wieder eine negative Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt in Höhe von – je nach den heutigen Beschlüssen – rund 400.000 Euro.

Dennoch: Es ist richtig, dass weder die Hebesätze für die Gewerbesteuer noch für die Grundsteuer erhöht werden. Es wäre kontraproduktiv die Belastungen für die Firmen und Bürger in der jetzigen Situation zu erhöhen. Ebenso wurden – mit Ausnahme der Abwassergebühren und einer leichten Erhöhung der Musikschul-Sätze – auf eine Anpassung der Gebührenhaushalte verzichtet.

Neben den Kosten für die vorzuhaltende Infrastruktur und die Pflichtaufgaben einer Kommune bestimmen einige besonders große Posten – auch für freiwillige Aufgaben – den Verwaltungshaushalt.

Personaletat ...

Lange vor Ihrer Amtszeit, Frau Oberbürgermeisterin veränderte sich allmählich die Personalbesetzung der Stadtverwaltung. Die Zahl der Stellen verringerte sich, doch zumeist nicht im Leitungsbereich und der reinen Verwaltung, sondern zumeist in den technischen/gewerblichen Abteilungen. Und wenn deswegen einzelne Bereiche nicht mehr die Leistung bringen, die man erhofft, gilt bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin und manchen Kollegen „Outsourcing“ (Auslagerung) dann als Wunderheilmittel. Wir sehen das äußerst kritisch.

Die SPD-Fraktion ist – damit kein Missverständnis aufkommt – für eine schlanke und effektive Verwaltung, jedoch nicht durch Einsparungen im „unteren“, sondern eher im „oberen“ Segment. Und wir fragen: Wo bleiben die Synergieeffekte – bei Leistung und Kosten –, die durch die Umorganisation erreicht werden sollten? Die Personalkosten erhöhen sich nämlich – erschreckend – innerhalb eines Jahres um 1,7 Mio. Euro!

Mit rd. 850.000 Euro haben die tariflichen Gehaltssteigerungen aus 2008 und 2009 dabei den größten Anteil. Die SPD-Fraktion gönnt den zurzeit rd. 430 Mitarbeiter und Mitarbeitern davon aber jeden Cent! Besonders im unteren Bereich sind die Gehälter sehr niedrig und das zusätzliche Geld wird von den Familien dringend benötigt.

Ebenfalls enthalten sind die zusätzlichen Kosten für den Gesundheitsfond und die Alterssicherung sowie die – vom Gemeinderat gewünschten – Einstellungen zur Verstärkung der Gebäudewirtschaft, Gärtnerei, Schulsozialarbeit u. a.

Wir erwarten, dass für neue Aufgaben und Steigerung der Fachlichkeit und Kompetenz in Zukunft nicht jedes Mal die Stellen erhöht werden, sondern durch Veränderungen der Struktur und Organisation – zumindest teilweise – kompensiert werden.

Unsere Fraktion will auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit der Verwaltung offen und konstruktiv gestalten – wo nötig scheuen wir eine Auseinandersetzung in der Sache nicht. Auch werden wir uns weiterhin für die Anliegen von Bürger/innen einsetzen oder bei Klagen über mangelnde Hilfe oder Unfreundlichkeit einzelner Beamten vermitteln. Doch die Art und Weise mit der manchmal in diesem Gremium Kritik an der Verwaltung geäußert wird, lehnen wir ab. Vor allem, wenn sie undifferenziert oder die Persönlichkeit einzelner verletzend geäußert wird. Wir wissen, dass die Mitarbeiterschaft insgesamt ihren Dienst motiviert, engagiert und pflichtbewusst ausübt. Deshalb darf ich an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt – an welcher Stelle auch immer Sie eingesetzt sind - unseren herzlichen Dank und unsere Wertschätzung für die geleistete Arbeit ausdrücken.

Bauerhaltungsmaßnahmen ...

Ein großer „Brocken“ – fast 1,5 Mio. sind für Reparaturen und Renovierungsarbeiten eingestellt. Leicht könnte man – sofern die Mittel da wären – ein Vielfaches vorsehen.

Viele Bürger trauern dem Handwerkertrupp nach, der früher unter OB Vetter, flexibel im Einsatz war. Deswegen ist unverständlich, dass die Mehrheit des Gemeinderats und die Verwaltung den Einsatz eines, mit tüchtigen Praktikern besetzten „Blitzmobils“ ablehnte.

Kultur, Sport und Soziales ...

Diese Bereiche waren und sind der SPD-Fraktion selbstverständlich immer besonders wichtig. Denn was an Kreativität, Bildung, Verantwortungsbewusstsein und Mitmenschlichkeit vermittelt und gefördert wird, also „in Menschen investiert wird“, wirkt der Gleichgültigkeit, Resignation, Ausgrenzung, und sozialem Fehlverhalten – und den damit verbundenen gesellschaftlichen Folgekosten – entgegen.

Wie „arm“ wäre doch Ettlingen, hätte es seine mehr als 300 Vereine nicht! Gleich ob sie im Sport oder Kultur oder in den unterschiedlichsten Initiativen aktiv sind. Und was wäre, gäbe es nicht die unzähligen Ehrenamtlichen – hier noch überwiegend Frauen – die unentwegt und leider auch zu oft unbeachtet – Vorbildliches im Sozialen Feld leisten.

Für uns ist hier jeder Cent, jeder Euro richtig investiert!

Zu den „lohnenden Geldanlagen“ zählen wir auch die über 5 Mio. Euro für die städtischen Bildungseinrichtungen wie Musikschule, Volkshochschule, Museum, Bibliothek usw. Trotzdem dürfen die Kosten hier nicht weiter steigen!

Was die Schlossfestspiele betrifft, wünschen wir uns, dass es dem Intendanten gelingt, neben der allgemein anerkannten Qualitätssteigerung der Inszenierungen in 2009 auch die Publikumszahlen deutlich zu steigern.

Gerade bei finanziellen Engpässen, wird „Kultur und Soziales“ leider am ehesten geopfert. Beide Bereiche blieben (noch!) verschont. Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, dass dies, wenn irgend möglich, auch in Zukunft so bleibt.

„Kinder sind unsere Zukunft“

Je weniger es von ihnen gibt, desto öfter wird scheinbar dieser Satz wiederholt.

Der Gemeinderat beschloss einmütig Fördermaßnahmen, wie z.B. musikalische Früherziehung oder das „Haus der Kleinen Forscher“, die allen Kindern – unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern - zu Gute kommen.

Gleichfalls begrüßen wir eine verbesserte Sprachförderung. Wir forderten, dass sie sofort einsetzt! Es ist nicht zu verantworten, dass die Kinder sie zurzeit deshalb nicht erhalten, weil an der Konzeption noch „gefeilt“ wird.

Wer bezahlt, schafft an ...

...so sagt man. Doch bei der Betreuung von Kleinkindern unter 3 Jahren ist es wieder mal umgekehrt. Bund und Land machen die Gesetze, die Gemeinden lässt man mit den Kosten „im Regen“ stehen. Die Vorhaltung einer bestimmten Anzahl an Betreuungsplätzen wird ab 2013 zur „Pflichtaufgabe“. Allein für Bau- und Ausstattung sind hierfür über 4 Mio. Euro zu stemmen.

Dass wir uns nicht falsch verstehen, die SPD-Fraktion steht zu dieser Aufgabe ... nur sehen wir nicht, wie die zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse von bis zu 2,5 Mio. Euro aufgebracht werden können.

Speziell für sehr kleine Kinder ist die Betreuung durch Tagesmütter (selten -väter) eine sinnvolle Alternative zum Krippenbesuch. Wir wollen, dass die Tageseltern für ihre Leistung gerecht entlohnt werden, und werden in Kürze dazu einen entsprechenden Vorschlag einreichen.

Aber sonst herrscht „eitel Sonnenschein“ im Kinderparadies Ettlingen?

Na, ja - auch bei uns gibt's bisweilen den Unterschied zwischen „Sonntagsreden“ und „Alltagshandeln“: Hier einige Beispiele: Jeder weiß, dass neben einer guten Bildung vor allem Kreativität und soziale Kompetenz für den Lebensweg entscheidend sind. Einstein meinte hierzu: „Phantasie ist wichtiger als Wissen!“

Dennoch wurde unser Antrag auf die Erstellung einer Konzeption für eine Kinder- und Jugend Kunstschule mehrheitlich abgelehnt. Immerhin wurde aber die Verwaltung beauftragt, das Angebot im Museum auszubauen.

Mehrheitlich abgelehnt wurde auch der Antrag zur Anschubfinanzierung eines „Willkommen-Service“ für Neugeborene und ihre Mütter 5.000 € einzustellen. Das, obwohl dieser ein bundesweit hoch geachtetes Modell zur frühen Familienunterstützung unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin ist.

Das gleiche Schicksal erlitt im Übrigen auch der Antrag zum Aufbau einer ehrenamtlichen Gruppe „Bürger für Neubürger“. Dabei zeigen die auf bürgerschaftlichem Engagement beruhende Dienste, wie z.B. die „Babyhilfe“, „das Kaffeehäusle“ oder der „Tafelladen“, wie sich schon geringste „Investition in Menschlichkeit“ für Ettlingen lohnen.

Wir hoffen deshalb, dass nach der noch ausstehenden inhaltlichen Diskussion doch noch positiv entschieden wird.

Kleine Kinder, kleine Sorgen, große Kinder große Sorgen

Negative gesellschaftliche Einflüsse, Gruppendruck, Alkohol- oder Drogenkonsum, Versagensängste oder Perspektivlosigkeit lassen Heranwachsende in Krisen geraten. Ihnen den Weg in eine gute Zukunft zu ebnen, die Bemühungen der Lehrer und Eltern zu unterstützen, ist Ziel der Schulsozialarbeit. Ihr Nutzen ist allseits unbestritten. Die SPD-Fraktion beantragte die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf zwei weitere Schulen: das Eichendorff-Gymnasium und die Wilhelm-Lorenz-Realschule. Die mehrheitliche Ablehnung unseres An-

trags im Ausschuss ist ein Affront gegen Schüler, Eltern, Lehrer und die Schulleitungen, die ebenfalls dringend um diese Stellen baten.

Nun hat der Gemeinderat vor wenigen Tagen auf Verlangen der Polizei und Wunsch der Schulleiter als Reaktion auf das furchtbare Geschehen in Winnenden beschlossen für 120.000 Euro den Austausch der Türklinken an allen Klassenzimmern in Knäufe zu beauftragen. Um wie viel mehr ist dann die Ausweitung der Schulsozialarbeit, die alle Gutachter fordern, vonnöten. Wir stellen diesen Antrag deshalb heute noch einmal und hoffen auf breite Zustimmung.

Und nun auch gleich zu unserem 2. Antrag:

Ettlingen ist die zweitälteste Gemeinde im Land, aber sie hat etwas vorzuweisen auf das sie stolz sein kann:

Senioren engagieren sich für Senioren...

Der Seniorenbeirat erbringt im Begegnungszentrum „Klösterle“ sowohl in der Beratung von Senioren wie in der Organisation unzähliger aktiver Gruppen – besonders im sozialen Bereich - eine landesweit beachtete Leistung.

Zu Recht sangen stets – auch nach dem letzten Bericht – OB und alle Fraktionen ein Loblied auf dessen Arbeit. Allseitiges Nicken auf die – schon von Herrn Becker, dem früheren

1. Vorsitzenden – vorgebrachte Bitte um eine 0,5 Vollzeitstellen für eine ständige Bürokraft. Doch bei der Haushaltsberatung erinnerten sich einige Fraktionen nicht mehr daran. Sie strichen „gnadenlos“ den Ansatz von 16.200 Euro.

Wir beantragen, die 0,5 Stelle für das Seniorenbüro wieder einzustellen, bzw. eine ständige Mitarbeiterin durch eine Umorganisation innerhalb der Verwaltung dem Seniorenbeirat zur Verfügung zu stellen.

Mit den Einrichtungen für kranke und hochaltrige Menschen ist Ettlingen vorbildlich ausgestattet. Entwickelt werden aber müssen noch gute Modelle für das Altwerden in den Stadtteilen, die ein Verbleiben in der gewohnten Umgebung ermöglichen.

Ebenso wollen wir, dass die Bemühungen um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen fortgesetzt werden. Das „Netzwerk“ für Menschen mit Behinderungen ist dazu ein kompetenter Partner.

Und wo bleibt die Jugend?

Ihr gebührt tatsächlich mehr Aufmerksamkeit – und zwar nicht erst wenn sie durch störendes Verhalten auffällig wird. Dazu gehört, die Vorschläge des Jugendgemeinderats anzunehmen und umzusetzen, vor allem, da sie stets außerordentlich vernünftig und maßvoll sind.

Die Vereine leisten hervorragende Jugendarbeit, aber die kulturellen Angebote der Stadt sind bisher nur wenig auf die Interessen Jugendlicher ausgerichtet und erfahren auch im Verhältnis zu anderen Angeboten auch wenig Förderung. Wie wollen wir aber die Jugend für ein Engagement in der Stadt und für die Stadt gewinnen, wenn sie sich kulturell und freizeitmäßig immer mehr Richtung Karlsruhe wendet?

Wir reden dabei nicht mehr „dröhnenden Events“ das Wort, doch Angebote wie „Open-Air-Kino“ und unplugged-Konzerte im Schlosshof oder eine Eisbahn im Januar würden sicher nicht nur Jugendlichen Spaß machen, sondern auch außerhalb der Schlossfestspiele die Innenstadt beleben.

Natürlich gäbe es noch viele Punkte im Verwaltungshaushalt, die eine kritische oder lobende Betrachtung verdienen, doch ist dies aus Zeitgründen nicht möglich.

Zum Investitionshaushalt...

22,5 Mio. Euro im „Sparstrumpf“, so meinte die OB in ihrer Rede, sei eine wunderbare Ausgangsposition. Sie will den Haushalt 2009 als Teil des bundes- und landesweiten Konjunkturprogramms verstanden wissen.

Wir mahnen zur Vorsicht! Denn, ohne schwarz malen zu wollen: Auch auf Ettlingen wirft die Finanz- und Bankenkrise Schatten. Wenn wir uns 2009 übernehmen, was machen wir dann 2010, 2011 und später? Schon jetzt sind die nächsten Haushalte mit sehr hohen Verpflichtungen belastet.

Wir sind eine Stadt!

Dies meinen wir ernst – auch und gerade nach Abschaffung der Unechten Teilortswahl!

Deshalb setzte sich die SPD-Fraktion mit ihren Anträgen zum Vermögenshaushalt besonders für Anliegen der Ortsteile ein, die von der Verwaltung bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht berücksichtigt wurden.

Abgesehen von den Großprojekten wie Hallensanierungen und Kindergärten handelte es sich dabei um überschaubare, sofort wirksame Maßnahmen, die Missstände beseitigen und den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar Nutzen bringen.

Nach der neuen Regelung des Bundes können Kommunen Aufträge bis zu 100.000 Euro „freihändig“, und bis zu 1 Mio. Euro in einem vereinfachten Verfahren erteilen. Bei rascher Umsetzung der nun heute beschlossenen Maßnahmen kann dies tatsächlich zu einer Belebung von Gewerbe und Handwerk führen und damit auch zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Region.

Wir freuen uns, dass nun endlich Vorhaben wie der Küchenanbau an die Turnhalle in Schöllbronn und der Umbau des „Engel“ oder die weitere Verkehrsberuhigung der Durchfahrtsstraße in Fahrt kommen, ebenso wie die Dachsanierung des Rathauses in Schluttenbach, um hier nur einige von vielen Vorhaben zu nennen.

Wenig erfreulich stellt sich dagegen die Situation in Spessart dar. Zwar wurden entsprechende Beträge eingestellt. Doch zeigen sich weder bei der Kindergarten- noch der Hallenproblematik wirklich gute und bezahlbare Lösungen. Für die Sanierung des TSV Clubhauses in Spessart steht auf Beschluss des Gemeinderats ein Betrag bis max. 1,7 Mio. Euro zur Verfügung. Nun gibt es exorbitante Kostensteigerungen. Sparvorschläge führen jedoch zu Nutzungseinschränkungen; auch die rechtliche Situation scheint noch unklar.

Mancher „Spessarter“ fürchtet, falls die Sanierung nicht käme, eine neue Halle erst am St. Nimmerleinstag gebaut würde. Wir versichern: Die SPD-Fraktion steht auch dann zu ihrem „Ja“, wenn die Entscheidung für eine neue Veranstaltungshalle fiele. Eine „Denkpause“ ist ratsam.

Was die Kindergartenfrage betrifft, bleiben wir „trotz allem“ optimistisch. Aus der Endlos-Diskussion um Standorte, Zahl der Gruppen, Krippenplätze ja oder nein, und wenn ja, dann wo, usw. wird sich hoffentlich (!) bald die optimale Lösung abzeichnen.

Alle Ortschaftsräte gemeinsam klagen zurzeit über ein Problem: Organisation und Öffnungszeiten der Grünsammelplätze. Die Rückdelegation an den Kreis hat, wie wir befürchteten, leider zu mehr Bürgerferne als -nähe geführt. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten, das müsste man in Kauf nehmen, führt zu Mehrkosten für Ettlingen. Doch muss der Kreis auch wegen anderer Müllprobleme an den „Tisch“.

In Ettlingenweiler hat sich nach intensiven Beratungen der Ortschaftsrat aus ähnlichen Überlegungen wie in Spessart, für eine Sanierung der Halle ausgesprochen. Wir tragen dies mit, doch wäre auch hier eine Neubaulösung wahrscheinlich die nachhaltigere Lösung gewesen. Völlig katastrophal ist aber die Situation was den Kindergarten betrifft. Wir haben hierzu aktuell einen Antrag gestellt, der vielleicht von den Juristen belächelt wird. Doch da selbst langjährige Rechtsverfahren um Bauschäden letztlich immer mit einem Vergleich enden, sollte man im Interesse der Kinder und Eltern versuchen, sich schnell außergerichtlich zu einigen.

Wir glauben, dass niemand in der Stadt für den Architekten, der ja auch Ettlinger Bürger ist, und seine Versicherung Verständnis aufbringt, wenn sie sich einer fairen Lösung verweigern.

„Haus der Familie“

Auffallend still wurde es leider in letzter Zeit zum Thema „Haus der Familie (Mehrgenerationenhaus)“. Wir erwarten dazu den Bericht der Bürgermeisterin - setzen uns aber nach wie vor für eine kostenneutrale Umsetzung des Konzeptes unter städtischer Regie ein.

Eigentum verpflichtet ...

Es ist zwar toll Baden-Württembergs einziges „Bürgerschloss“ zu besitzen. Doch Eigentum bringt – jeder Häusles-Besitzer weiß das – nicht nur Freud, sondern auch Leid. Nach den Voruntersuchungen summieren sich die Sanierungsarbeiten und energetische Maßnahmen auf rd. 10 bis 12 Millionen Euro. Nimmt man den Einbau von Aufzügen und Umbauten vor, die zu einer optimaleren Nutzung der Räumlichkeiten führen sollen, sowie die Gestaltung des Umfeldes, ist man mit neuer Ausstattung schon bei rd. 20 bis 22 Millionen Euro!!

Diese Summen kann die Stadt auf keinen Fall alleine aufbringen. Hier war das Land gefragt! Nun kam tatsächlich der Förderbescheid. Positiv formuliert: die höchste Fördersumme für ein Einzelprojekt geht an Ettligen. Kritisch gesehen: Er ist längst nicht so hoch, wie ursprünglich in Aussicht gestellt!

Zu der Summe von rd. 5 Mio. Euro (evtl. bis zu 6 Mio. Euro) wären noch 15 bis 17 Mio. Euro (ohne evtl. Überraschungen und Preissteigerungen) von der Stadt zu schultern und dies unter dem zeitlichen Druck einer Umsetzung in drei Jahren. Eine kaum zu bewältigende Aufgabe!

Aber deswegen nichts zu tun, wie einige Fraktionen verlangen und fatalistisch abzuwarten. Nein!

„Es findet nur der den Weg, der sein Ziel kennt!“

Deswegen befürwortet die SPD die Einstellung der von der Verwaltung begründeten 1 Mio. Euro für die genaue Untersuchung der Substanz, detaillierte Planung und verlässliche Kostenberechnungen sowie die Aufstellung des für uns unverzichtbaren Stufenplans zur Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen.

Außerdem fordern wir, mit diesem Geld umgehend auch die ersten wichtigen Sicherungsarbeiten, wie z.B. die Schädlingsbekämpfung im Gebälk des Dachstuhls zu beginnen. Die Einstellung des Geldes sowie die Einstellung entsprechender Beträge in die mittelfristige Finanzplanung sichern der Stadt die Förderung durch das Land. Mehr nicht! Wir bestehen darauf, dass damit kein Automatismus verbunden ist, sondern jeder einzelne Schritt erneut vom Gemeinderat beschlossen werden muss.

Die Mehrzahl der Bevölkerung, das zeigt der Rücklauf unserer Fragebögen, teilt diese Meinung und steht zu einer Erhaltungssanierung des Schlosses und auch zum Einbau eines Aufzugs.

Zum Ende meiner Ausführungen erlauben Sie mir noch einige kritische Anmerkungen unter dem Titel:

Bürgernähe ja – aber nur wenn's einem gerade passt ...

Alle Parteien versprechen den Menschen, dass sie sich um ihre Belange „kümmern“ werden. Natürlich soll der jeweilige Orts- oder Stadtteil in dem man sich gerade befindet, „besser ausgerüstet und das bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden“. Wir forderten deshalb auch lange vor der Entscheidung zur „Unechten Teilortswahl“ mehr Kompetenzen und

ein eigenes Budget für die Ortschaftsräte. Mal sehen was aus diesem Antrag zu mehr „Bürgernähe und -verantwortung“ wird.

Ettlingen-West ist da ja leider ein enttäuschendes Beispiel.

Die Interessengemeinschaft regte Veränderungen beim Neubau der Hohewiesenstraße an. Erst nach massivstem Einsatz der SPD kam das Thema noch mal in den Ausschuss und fand dann, im zweiten. Anlauf, eine Mehrheit im Gemeinderat.

Die SPD stellte den Antrag: Umbau der Entenseehalle – unter Einbehaltung der jetzigen Nutzungen – zu einem Bürgertreffpunkt. Zwar wollte die Verwaltung den Antrag wohlwollend prüfen, aber noch immer kam er nicht auf die Tagesordnung. Eine vorsorglich beantragte Planungsrate im Haushalt 2009: Mehrheitlich abgelehnt! Hätte Ettlingen-West auch einen Ortschaftsrat, der die Interessen des Ortsteils vertreten könnte, wäre das sicher kaum so geschehen. Nach mehr als zwei Jahren setzten Sie, Frau Oberbürgermeisterin (erst nach der Abstimmung über die Unechte Teilortswahl) den Antrag der SPD-Fraktion hierzu vom März 2007 auf die Tagesordnung des Gemeinderates.

Am 25.11.2008 wurde er auf Antrag der CDU in den Verwaltungsausschuss verschoben. Ein öffentliches „Nein“ wollten sich wohl manche Gemeinderäte ersparen.

Am 11.02. 2009 – endlich! – sollte in der nichtöffentlichen Sitzung darüber beraten werden. Wiederum wurde der TOP durch mehrheitlichen Beschluss von der Tagesordnung genommen. Nun kommt er – laut Frau Oberbürgermeisterin - vor der Kommunalwahl auch nicht mehr drauf.

Dazu passt, dass kurz vorher unser Antrag bei der Haushaltsberatung, einen entsprechenden „Platzhalter“-Betrag für den evtl. Ortschaftsrat Ettlingen-West einzusetzen, abgelehnt wurde.

Wir halten dieses Verhalten für einen Skandal.

Bürgerbeteiligung heißt: „Mehr Demokratie wagen“

Unser Dank gilt den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich am Leitbildprozess oder im „Bündnis für Familien“ beteiligten. Auch wenn manche schon etwas frustriert scheinen, weil die Stadt ihre Ideen nicht rasch genug umsetzt/umsetzen kann.

Manche der faszinierenden und innovativen Ideen erfordern jedoch nicht nur ein Um- oder Querdenken, sondern auch intensive Voruntersuchungen, Planungen und überregionale Entscheidungsprozesse und leider noch mehr Geld!

"Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann", formulierte Francis Picabia.

Unsere Fraktion lud deshalb alle Gruppen zum Gespräch ein, um Einzelheiten der Ergebnisse ihrer Arbeit zu erfahren. Die fachliche Versiertheit und Kompetenz war beeindruckend. Wir sind sicher, dass die Ideengebung durch engagierte Bürger/innen der Stadt großen Nutzen bringt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die pfiffigen Ideen und konstruktiven Vorschläge nicht „in den Schubladen verschwinden“.

Kommunikation ist alles ...

Es ist wahrlich kein Ruhmesblatt, dass die Stadt weder über einen Gestaltungs- und Planungsausschuss noch einen Sozialausschuss verfügt und unsere diesbezüglichen Anträge mehrheitlich abgelehnt wurden. Dabei könnte doch so viel Ärger vermieden werden, wenn die Verwaltung fachkundige Bürger und engagierte Gruppierungen frühzeitig zum Gespräch bäte (das gesetzlich vorgeschriebene Auslegen von Plänen reicht nicht!), wenn Kritik nicht als „Majestätsbeleidigung“ aufgefasst, sondern konstruktiv einbezogen würde.

Ich darf als Beispiele an die von der CDU früher einmal angeregte Bebauung des Stadtgartens, den „Kubus“ der Sparkasse auf dem Neuen Markt, die Umgestaltung der Pforzheimer Straße oder erst jüngst: die Planung der Hohewiesenstraße erinnern.

SPD-Fraktion fordert deshalb

- Offenheit für konkrete Bürgerbeteiligung
- durch die kontinuierliche Mitarbeit von unabhängigen Bürgern mit fachlicher Qualifikation bei aktuellen Vorhaben und der Zukunftsplanung der Stadt. Die Entscheidungskompetenz des Gemeinderates wird damit in keiner Weise beschnitten.

Sicher werden wieder alle Gruppierungen in ihren Wahlprogrammen formulieren „mehr Bürgernähe und mehr Bürgerbeteiligung“. Wir sind gespannt, was davon nach der Wahl übrig bleibt? Wir werden jedenfalls auch im neuen Gemeinderat wieder entsprechende Anträge stellen. Vielleicht heißt es diesmal: Mehrheitlich zugestimmt!

Zum Schluss ...

Mit dem herzlichen Dank an den Kämmerer Dieter Becker (Abschiednehmen wollen wir heute noch nicht) und die Damen und Herren der Finanzverwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanes darf ich schließen. Unser Dank gilt aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Abteilungen, die zugearbeitet haben.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Luther gab den Rat: „Predige was Du willst, aber nie länger als 45 Minuten.“ Ich habe seinen Rat natürlich befolgt.

Die Fraktion der Sozialdemokraten stimmt dem Haushalt zu.“

Die Haushaltsrede für die Grünen von der Gruppenvorsitzenden Stadträtin Saebel, gehalten von Stadtrat Siess:

„Sehr geehrte Anwesende,

unsere diesjährigen Beratungen zum Haushalt standen noch nicht im Zeichen der Wirtschaftskrise, dafür aber in freudiger Erwartung auf das Konjunkturprogramm. Oder mit anderen Worten: wir geben weiter das Geld mit vollen Händen aus. Die einen nennen das „antizyklisches Wirtschaften“, unsere OB spricht von „konzertierte Aktion gegen die Krise“. Wir befürchten eine massive Verschuldung zulasten kommender Generationen, und bemängeln, dass falsche Prioritäten gesetzt wurden und werden. Wir halten Investitionen gegen die Krise nicht grundsätzlich für falsch, hätten aber gern vorausschauend hauptsächlich in kommunale Einrichtungen investiert, die wir zwingend brauchen und mit dem Ziel Energie zu sparen, um folgende Haushalte zu entlasten und das Klima zu schonen.

Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von rund 115 Million Euro, planen wir im Verwaltungshaushalt Ausgaben von 94 Million Euro - und mit 21 Million Euro Ausgaben im Vermögenshaushalt einen Investitionsrekord. Dabei decken unsere Einnahmen voraussichtlich dieses Jahr noch nicht einmal die laufenden Kosten des Verwaltungshaushaltes, hier müssen wir bereits 400 000 Euro aus Rücklagen zuschießen. Unsere Verwaltung rechnet mit einem moderaten Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen von 31 auf 29 Million Euro und glaubt nächstes Jahr bereits wieder an Einnahmesteigerungen.

Wir halten dies angesichts der aktuellen Meldungen aus der Wirtschaft für zu optimistisch. Das Rekordvolumen von 21 Million Euro aber soll vornehmlich durch Rücklagenentnahmen von 8,6 Million Euro und über neue Kredite von 6 Million Euro finanziert werden. Gleichzeitig werden die Weichen für weitere Schulden in den Folgejahren gestellt. So ist davon auszuge-

hen, dass unsere Rücklagen von derzeit noch etwa 20 Million Euro bereits nächstes Jahr aufgezehrt sind.

In ihrer Haushaltsrede, Frau Oberbürgermeisterin, vermissen wir diese Prognose allerdings. Sie sprechen davon, dass SIE die Verschuldung Ettlingsens zurückgefahren haben. Sie hätten auch sagen können, wir hatten die letzten Jahre Glück, die Wirtschaft hat geboomt, Unternehmen mussten Steuern nachzahlen und wir haben es nie geschafft unsere geplanten Projekte zeitnah umzusetzen. Deshalb haben wir jetzt diese Rücklagen- und Schuldensituation.

In Ihrem Haushaltsentwurf auf Seite 31 können wir nun nachlesen, wie Sie sich die Zukunft vorstellen: Sie haben planmäßig bis 2012 ein jährliches Defizit im Verwaltungshaushalt von 3 Million Euro, Sie werden alle Rücklagen aufgebraucht haben und ebenfalls „planmäßig“ dafür 36 Million Euro Schulden angehäuft haben, im kommunalen Haushalt ohne das Abwasser.

Einig sind wir uns, dass diese Fehlentwicklung massiv zu Lasten der Ettlinger Bürger und Bürgerinnen geht.

Leider vermissen wir Vorschläge, wie Sie diesem Missstand abhelfen wollen.

Stattdessen werben Sie dafür, eine Generalsanierung des Schlosses für etwa 20 Million Euro anzugehen. Zusätzlich wollen Sie zwei Millionen Euro in die Bürgerhalle in Ettlingenweier investieren und der TSV Spessart soll einen Bau-Zuschuss in ähnlicher Höhe erhalten. Diese Beschlüsse rauben uns auf Jahre jeden finanziellen Handlungsspielraum. Der neue Gemeinderat wird hier entweder radikal zurückrudern, oder keine neuen Projekte angehen können. Das Argument, wir müssen das Schloss so aufwendig sanieren, da nur dann die Landesförderung von 5,8 Million Euro fließt, halten wir für falsch, denn erstens bleibt der überwiegende Kostenanteil trotzdem bei der Stadt und zweitens meinen wir, dass auch unser Land in der gegenwärtigen Lage Steuergelder nicht vorrangig in Prestigeprojekte, sondern in Umwelt, Bildung und zukunftsweisende Technologien investieren sollte. Wir wollen an unserem Schloss gegenwärtig lediglich notwendige Reparaturen vornehmen und umfangreiche Hallenneu- und Umbauten ebenfalls zugunsten unserer Schulen zurückstellen.

Wir wissen, dass wir einen Sanierungsbedarf von mindestens 50 Million Euro an unseren Schulgebäuden haben. Sehen wir aber Ihre mittelfristige Finanzplanung, dann fragen wir, wovon sollen diese notwendigen Ausgaben bezahlt werden? Da ist ja jeder Cent anderweitig verplant. Eine Generalsanierung der Wilhelm-Lorenz-Realschule ist notwendig, aber gleichzeitig überlegen Sie, Frau OB, ob wir nicht noch ein neues Rathaus bauen sollten. Überlegungen über einen Verwaltungsneubau genau da, wo das alte Feuerwehrgrundstück für viel Geld verkauft werden müsste, um damit den teuren Feuerwehrneubau im Industriegebiet zu finanzieren. Erst ganz zum Schluss kommt die Pflichtaufgabe „Schulhäuser“, da reicht es dann kaum noch für die notdürftigste Instandhaltung. Dabei sind Schulen viel mehr tägliches Lebensumfeld unserer Kinder als Vereinshallen. Kaum ein Bürger sitzt täglich acht Stunden im Schloss. So manche Vereinsaktivität könnte sicher auch in eine Schule verlegt werden, wenn der Wille da wäre ...

Wäre es so schrecklich, wenn ein Schluttenbacher bis Ettlingenweier fahren müsste, um einmal oder zweimal wöchentlich zu trainieren? Ist es eine Zumutung, wenn ein Spessarter Verein Fasching in einer Kernstadthalle feiern müsste? Wir würden sogar soweit gehen, Vereinen Fahrtkostensätze zahlen zu wollen, wenn für die Mitnutzung von Hallen ÖPNV oder Sammeltaxis benötigt würden. Außerdem sind Schulen am Nachmittag und Abend verstärkt der Vereinsnutzung zugänglich zu machen. Im Bereich Sporthallen klappt das bereits ganz gut. Aber auch leerstehende Klassenzimmer, Mensen oder die jeweilige Schulaula könnten bei Bedarf abends anderweitig genutzt werden.

Wie hieß ein Slogan beim Streit um die Unechte Teilortswahl: „Wir sind eine Stadt“. Dann handeln wir doch auch so. Bitte nicht die Ortsteilhalle zum einzig identitätsstiftenden Politikum verklären und dafür billigend in Kauf nehmen, dass die Schulkinder, auch der Teilorte, acht Stunden täglich in maroden Kernstadtschulen lernen müssen.

Noch einmal zurück zu unserem Schloss. Woran merken wir eigentlich, wie sehr die Ettlinger ihr Schloss lieben? Zu den Schlossbegehungen kamen kaum Bürger, geschweige denn Anregungen.

Findet sich niemand, der einen Verein der Schlossfreunde gründen möchte? Führungen veranstalten, Sponsoren oder Erbschaften anwerben? Was macht diesbezüglich unser Stadtmarketing? Frau Büsemaker, wir haben gedacht, das Anwerben von Sponsoren funktioniert unter Ihrer Führung besser. Wir haben zwar seit neuestem eine Gilde für feines Shoppen, aber wo sind die potenten Bürger, denen die kunsthistorische Bedeutung und Ästhetik des Asamsaals eine Spende wert wäre? Allein die Deckensanierung hier kostet eine halbe Million Euro. Wir sollten unseren Bürgern sagen, dass wir zum Erhalt unseres kulturellen Erbes auf ihre Hilfe angewiesen sind. Wir denken, wir haben da als Wohnsitz einer wohlhabenden Bürgerschaft großes Potential.

Zunehmend ärgern sich Bürger über den sorglosen Umgang mit Steuergeldern. Wir auch: Das leuchtendste Beispiel: Pforzheimer Straße. Hier steht ein durchaus gelungener Verkehrskreisel am Lauerturm einer weitgehend misslungenen Umgestaltung der Pforzheimer Straße gegenüber. Für satte 1,6 Million Euro fühlt man sich beim Durchfahren des ersten Teils in einen Auto-Gebrauchtwagenhandel versetzt. Hat hier die Anarchie in Ettlingen Einzug gehalten oder ist das das Ergebnis weiser Planung zur Stadtverschönerung? Aber ehrlich, wo lag eigentlich die Notwendigkeit für die Gesamtmaßnahme?

Schnell ein anderes Thema: Die Rückdelegation der Müllentsorgung hat auch in Ettlingen hohe Wellen geschlagen. Wir gehen davon aus, dass die Sache sich beruhigt, wenn das System seine Anlaufschwierigkeiten überwunden hat. Speziell die eingeschränkten Öffnungszeiten der Grünabfallplätze, bei gleich bleibenden Müllgebühren, haben in der Bevölkerung für Unmut gesorgt, wir beantragten daher, hier 20 000 Euro - die die CDU nun auch beantragt, die FE will es auch - um alle Sammelplätze damit einen zusätzlichen Nachmittag die Woche zu öffnen, weil sich besonders Berufstätige beschwert haben, dass die Zeiten für sie nicht ausreichen.

Wir haben uns weiterhin erlaubt in den Haushaltsberatungen zu beantragen, die städtischen Zuschüsse für Schlossfestspiele, Museum, Wilhelmshöhe, Musikschule und Klavierwettbewerb zu deckeln. Wir wollten die genannten Institutionen anregen, entweder ihre Ausgaben zu senken oder selbst neue Einnahmemöglichkeiten zu finden. Aber die meisten Kollegen sahen Kostensteigerungen als unentrinnbares Schicksal, Änderungen (im Wahljahr) ausgeschlossen. Also auch hier mit Volldampf weiter in die Verschuldung, wobei wir doch vor Jahren uns vornahmen, die freiwilligen Leistungen alle unter die Lupe zu nehmen. Kein Erfolg weit und breit.

Familienfreundlichkeit ist zum Modewort geworden. Bei uns wird darunter vornehmlich der Ausbau von Kapazitäten zur Kinderbetreuung verstanden. Wir sind für Wahlfreiheit, diese setzt aber voraus, dass nicht einseitig Krippen subventioniert werden, sondern dass Eltern, die sich gern selbst um die Erziehung ihrer Kleinkinder kümmern wollen, ebenfalls ein finanzieller Ausgleich zugestanden wird. Auch das wäre familienfreundlich.

Wir werden alle älter, aber nicht alle älteren Mitbürger können und wollen in Seniorenwohnanlagen ziehen. Wir müssen uns vielmehr überlegen, wie muss die Infrastruktur in einem Stadtteil beschaffen sein, in dem man alt werden und wohnen bleiben kann. Wichtig ist uns, dass in allen Ortsteilen die Nahversorgung mit Lebensmitteln funktioniert. Die CAP-Märkte am Exer und in Bruchhausen sind eine echte Bereicherung. Nachbarschaftsdienste sind wertvolle Hilfen und sollten ausgebaut werden.

Dumpinglöhne bedeuten Armut, wir wollen deshalb, dass unsere Stadt bei Auftragsvergaben nachhakt, ob Tariflöhne gezahlt werden. Sparsamkeit ja - Lohndumping nein.

Da wir davon ausgehen, dass in absehbarer Zeit mehr Menschen z. B. durch Arbeitslosigkeit in finanzielle Bedrängnis geraten und hier schnelle Hilfe geboten ist, beantragten wir zum

wiederholten Mal eine 50 % Stelle für kommunale Schuldnerberatung. Ob die Stadt mit eigenen Mitarbeitern tätig wird, oder die Aufgabe z.B. an Caritas oder Diakonie delegiert, muss noch geklärt werden. Uns ist wichtig, dass JETZT etwas geschieht. Je eher den Betroffenen geholfen werden kann, um so größer die Chance einen Weg aus der Schulden-Misere zu finden.

In jeder Krise steckt auch eine Chance, so ergeben sich durch die Firmenschließung von Koehler Dekor Perspektiven für ein neues Wohnquartier - und natürlich sollte auch die Chance genutzt werden nicht störendes Gewerbe und Einzelhandel hier anzusiedeln. So werden immer wieder Flächen für Neu- und Umnutzungen frei, für uns auch Chancen den Flächenfraß in unsere grünen Lungen zu stoppen. Auch auf dem hinteren Teil des Feuerwehrgeländes an der Pforzheimer Straße ist Wohnbebauung geplant. Deshalb lehnen wir ein weiteres Neubaugebiet am Schleifweg ab.

Ebenso halten wir die Umnutzung von 15 ha Ackerland in ein Gewerbegebiet in der Hertzstraße-Südost gegenwärtig für verzichtbar. Allein die Erschließung würde den Steuerzahler über 5 Million Euro kosten und ob es in der gegenwärtigen Situation Interessenten gäbe ist fraglich. Deshalb sollte sich unsere Stadt mehr um Rückkauf und Weitervermittlung brachliegender Industrie- und Gewerbeflächen bemühen als um landschaftszerstörende Neuausweisungen.

Natürlich wollen wir den südlichen Stadtrand vor Verbauung schützen, der Übergang vom Horbachpark in die offene Landschaft muss erhalten bleiben Immer noch fordern wir die Nutzbarmachung des Horbachpavillons als Cafe. Bevor wir am Vogelsang kostspielig neu planen, sollten wir endlich nutzen, was wir haben.

Eine Entlastungsstraße mitten durch die südliche Vorbergzone wollen wir nicht. Sie würde uns nicht nur Millionen kosten sondern wieder ein wertvolles Stück Ettliger Landschaft zerstören.

Straßenbau zur Verkehrsberuhigung ist eine Spirale, mit jeder neuen Straße steigt das Verkehrsaufkommen.

Wir denken, die einzige Möglichkeit dem Lärm, den Abgasen und der Verkehrsgefährdung zu entgehen, ist weniger Autoverkehr. Das heißt aber, wir müssen so planen, dass es Spaß macht und möglich ist, sich zu Fuß oder mit dem Rad von A nach B zu bewegen, und wir müssen statt in Autostraßen, Parkhäuser und Parkplätze mehr in den Ausbau des ÖPNV investieren.

Das Klimaschutzkonzept für Ettlingen wird hoffentlich Verwaltung und Bürgern Wege zu zukunftsfähigem umweltverträglichem Handeln aufzeigen und mit den Stadtwerken Konzepte zur regionalen Strom- und Wärmeenergieerzeugung aus regenerativen Energien erarbeiten. Der Umstieg auf CO₂-freie Energiegewinnung bleibt eine unserer wesentlichsten Zukunftsaufgaben. Auch wenn die Kohlekraftwerksbeteiligung im letzten Jahr dies schwer belastet hat.

Barack Obama, hat kürzlich gesagt: „Ich habe Mist gemacht“. Ein Satz, der hoffen lässt, hoffen darauf, dass in der Politik eine neue Kultur Einzug halten könnte, eine Kultur, die es erlaubt, Fehler zuzugeben und zeitnah zu korrigieren. Dies hoffen wir auch für unsere Stadt. In den Dankeschor stimmen wir mit ein.“

Stadträtin Lumpp hält für die Freien Wähler folgende Haushaltsrede:

„Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das ist nun die fünfte Haushaltsrede, die wir halten. Und sie war eine schwere Geburt – zwi-schendurch war sie angewachsen auf 14 Seiten und immer noch nicht fertig, dann fand ich sie zu emotional, dann wieder zu sachlich und endlich, am Montag, war ich einfach nur stink-sauer – dann wurde der Termin wegen dem Konjunkturpaket II abgesagt. Manches hat sich

nach den neuen Beratungen geändert, aber nichts zum Positiven – Gründe genug immer noch sauer zu sein.

Stinksauer, weil in fünf Jahren nichts passiert ist, sauer über die vergebenen Chancen, sauer wegen der Unprofessionalität von Teilen der Verwaltung und der Rückgratlosigkeit des Gemeinderates, sauer, weil wir hier Politik machen statt unpolitisch für das Wohl der Stadt zu arbeiten und am aller sauersten, weil anscheinend immer noch jeder die Bürger für völlig verblödet hält.

Was meine ich, wenn ich sage: „Es ist nichts passiert!“?

Ich meine das berühmte strukturelle Defizit dieser Stadt. Das strukturelle Defizit unseres Haushaltes (also mehr ausgeben als man einnimmt) kommt nicht von selbst, sondern aus einem strukturellen Defizit im Denken. In Strukturen zu denken ist dem größten Teil der Verwaltung wie den Gemeinderäten unmöglich. Und solange das so bleibt, werden wir immer nur an Symptomen herumdoktern, statt mit ein paar chirurgischen Schnitten eine Heilung herbeizuführen.

„Denken in Strukturen“ – das klingt so abgehoben. Was meine ich damit? Ich will es mal an einem einfachen Beispiel verdeutlichen:

Eine Familie hat über die Jahre ganz gut gelebt, Doppelverdiener, zwei ältere Kinder, Zweifamilienhaus gekauft, beide Eltern haben als Hobby Motorradfahren, Kinder bekommen Tennisstunden, Nachhilfe und Musikschule, Urlaub mit dem Flieger und Skiurlaub sind selbstverständlich, Oma und Opa wohnen mit im Haus.

So und jetzt kommt nicht das berühmte: Vater wird arbeitslos, Mutter arbeitet kurz – nein, es soll ja ein Vergleich mit unserer Stadt sein und - es geht uns ja gar nicht so schlecht, die Gewerbesteuer fließt ja ganz ok, die Wirtschaftsflaute wird uns auch zu schaffen machen, aber es ist alles noch im grünen Bereich, hier im Musterstädtle vom Musterlände.

Aber im Vergleich mit unserer Familie wird es deutlich wie es unserer Stadt geht: Das Haus macht Sorgen, das Dach muss dringend neu gedämmt und gedeckt werden, außerdem würde der Sohn endlich gerne eine eigene Wohnung haben, es war immer geplant für ihn das Dachgeschoss auszubauen und bei dem Umbau, sollte man dann gleich das Dach mitrenovieren. Die Tochter geht in die zwölfte Klasse und will nach dem Abi in Köln studieren und braucht dann dort natürlich eine Wohnung und bei den Eltern der Eltern, kündigt sich langsam an, dass vielleicht doch eine Pflegekraft nötig wird und Oma und Opa haben keine großen Rücklagen.

Was tut eine Familie in diesem Fall? Sie denkt in Strukturen! Sie fragt sich: Was können wir uns leisten? Was brauchen wir wirklich? Was kann weg?

Mama und Papa überlegen sich, dass es keinen Sinn macht, die Motorräder mal wieder für viel Geld zur Inspektion zu bringen, ständig Steuer und Versicherung zu bezahlen, weil sie eigentlich beide eh immer viel zu beschäftigt sind zu fahren. Für fünf sechs Ausfahrten lohnt es sich nicht wirklich. Das Geld vom Verkauf können sie jetzt besser für den Umbau gebrauchen. Schweren Herzens trennen sie sich von den Zweirädern und trösten sich damit, dass man Motorräder ja auch mal leihen kann. Urlaub brauchen sie, aber er fällt eine Nummer kleiner aus: statt Flugreise Campingurlaub. Skiurlaub fällt weg – ist einfach zu teuer. Tennisstunden und Musikschule werden gestrichen, Nachhilfe bleibt, denn eine gute Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft, deshalb wollen sie auch der Tochter das Studium in Köln ermöglichen, weil es die beste deutsche Sporthochschule ist. Den Dachausbau machen sie, auch wenn sie nicht sicher sind, ob ihr Sohn noch lange da wohnen wird, schließlich hat er schon länger eine Freundin, aber sie denken sich, dass es immer noch eine Option wäre, dort mal eine Pflegekraft unterzubringen, denn wenn später einer daheim bleiben müsste um zu pflegen, würde zu viel Geld fehlen, schließlich müssen sie jetzt wieder einen Kredit aufnehmen für das Dach und den Umbau und auch die zusätzlich Miete für die Tochter in Köln, die in zwei Jahren kommen wird, macht ihnen heute schon Sorgen.

Das Beispiel zeigt, wie man in Strukturen denkt und keiner sagt, dass die Diskussion der Familie einfach war, ohne Streit und Tränen. Taschengeldkürzungen – die Kinder hätten lieber auf die Nachhilfe verzichtet – aber letztlich haben die Vernunft und die Vorsorge für die

Zukunft gesiegt, die Familie hat Prioritäten gesetzt, in die Entscheidungen von heute sind auch die Planungen für morgen eingeflossen.

Warum ist in diesem Gemeinderat und mit dieser Verwaltung nicht möglich, was in dieser Familie funktioniert? Warum kann man nicht in Strukturen denken? Warum stellt niemand die richtigen Fragen? Warum erkennen die Leute noch nicht mal, wenn die richtigen Fragen gestellt werden?

Und warum glauben alle, die Bürger, die tagtäglich in ihrem Alltag solche Entscheidungen treffen müssen, teilweise noch heftigere, weil wirklich das Familieneinkommen sinkt wegen plötzlicher Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, diese Bürger hätten kein Verständnis dafür, wenn auch die Stadt kürzer treten muss? Die Bürger sind doch nicht doof! Sie erleben es doch bei sich selbst! Die Bürger haben schon lange verstanden, was hier im Gemeinderat immer noch nicht angekommen ist: Man kann eben nicht alles haben.

Ich will den Vergleich mit der Familie mal weiter strapazieren, damit deutlich wird worum es geht. Unseren Haushalt belasten nicht so sehr die fehlenden Einnahmen, sondern eher die steigenden Ausgaben. Ähnlich wie bei der Familie haben wir ein sehr luxuriöses Leben geführt und müssen nun zusätzliche Leistungen erbringen, die Geld kosten: So gibt es ein neues Gesetz, das die Kommunen zwingt nicht mehr nur Kindergartenplätze bereit zustellen, sondern auch Krippenplätze. – Haben wir lange Zeit gedacht, wir könnten sogar Plätze abbauen (es hat auch schon Gruppenschließungen gegeben) so wissen wir seit neustem, dass wir 20 bis 30 neue Krippengruppen brauchen. Damit verbunden Kosten in Millionenhöhe – grob geschätzt vier bis sechs Millionen bis 2013 nur für Baukosten und dann natürlich auch neues Personal in den Kindergärten etc. das wird (neben den genannten Baukosten) auch die laufenden Kosten für Kinderbetreuung um ca. 1,5 Millionen pro Jahr erhöhen.

Außerdem haben wir einen Haufen Gebäude. Wie die Familie müssen wir das was wir haben renovieren und an neue Bedürfnisse anpassen. Wir haben allein 13 Schulen. Und die meisten dieser Schulen sind in einem sehr schlechten Zustand. So haben wir nun erfahren, dass allein eine Schule wohl einen Sanierungsbedarf von 11,5 Millionen Euro hat, wenn man alles auf Neubaustandard bringen wollte und von der Sorte hat es noch mindestens drei bis vier weitere. Wir reden also über Beträge von ca. 30 bis 50 Millionen Euro für die Schulen. Natürlich muss man nicht überall auf Neubaustandard gehen – man wird etwas sparen können, es müssen ja auch nicht die Waschbecken von Villeroy und Boch sein oder die Alufenster lackiert in Spezialfarbe – aber auch 25 Millionen auf sieben Jahre verteilt, sind kein Pappentitel.

Und wir haben die Hallen, jetzt ist Ettlingenweier dran mit zwei Millionen aber auch andere Hallen werden in den nächsten zehn Jahren renoviert werden müssen – wenn man sich entschließt sie zu behalten (dazu nachher mehr).

Dann gibt es da noch das Problem mit der Unterbringung der Verwaltung. Weit über eine Viertel-Million Euro an Mietkosten Jahr für Jahr – da muss sich was tun, aber die eigenen Gebäude sind bislang nicht ausreichend groß und in extrem schlechten Zustand – egal welche Lösung wir finden, sie wird ebenfalls in die Millionen gehen.

Und im Straßenbau ist auch schon für ein paar Millionen geplant.

Mit diesem Wissen muss einem klar sein: wir können uns das eigentlich nicht leisten.

Da ist jetzt ja einiges noch ganz unerwähnt geblieben. Ob Umbau Knotenpunkt Busenbach oder Eisenbahnunterführung, Feuerwehrneubau oder Hochwasserschutz - es gibt ja außer Gebäuden, Schulen und Krippen noch weitere Projekte, die man umsetzen muss. Man muss also endlich anfangen, wie die Familie in Strukturen zu denken und fragen:

Was können wir uns leisten?

Was brauchen wir wirklich?

Was kann weg?

Auch wenn die Situation sich jetzt durch die Krippen verschärft hat: Der Rest war abzusehen und das ist es eben, was mich so wütend macht. Die Verwaltung hat jede Chance verschlafen hier nach der letzten Wahl neue Wege zu gehen und den Gemeinderat mitzunehmen. Besonders ärgerlich dabei: Die Verwaltung macht ihre Arbeit einfach nicht. Ob neues Amt für Gebäudewirtschaft oder die frühere Verteilung auf mehrere Ämter. Immer gilt: Ich muss doch wissen in welchem Zustand meine Gebäude sind und welche Maßnahmen anstehen! Wie

kann es sein, dass wir nach fünf Jahren jetzt langsam erstmals Zahlen bekommen? Die erste Schule ist da, die Bürgerhalle ist da – aber vom Rest der Gebäude fehlen immer noch die Daten.

Ich kann da nur den Kopf schütteln. Dafür braucht es keine Aufträge für Raumkonzepte oder Prioritätenlisten aus dem Gemeinderat – das muss ich als Verwaltung einfach immer parat haben. Es ist ein echtes Armutszeugnis, dass das bis heute offenbar nicht so gesehen wird. Hätte man 2005 die Zahlen auf den Tisch gelegt und dazu einen klaren Sparkurs gefahren, der Prioritäten setzt und dafür auch Einschnitte macht, dann wäre der Gemeinderat vielleicht auch gefolgt und wir wären heute viel weiter.

Es geht nicht darum die Stadt kaputt zu sparen oder den Leuten den Spaß zu verderben (beides Vorwürfe die wir zu hören bekommen). Es geht darum das Wohl der Gesamtstadt und der Bürgerinnen und Bürger im Auge zu behalten. Zusätzlich zu den neuen Kosten von Renovierung, Sanierung und Neubau kommt ja, dass wir einen verdammt hohen Standard in allen Bereichen haben. Bei der Familie waren es die dreimal im Jahr Urlaub, Motorräder, Tennisstunden, usw.

Wodurch wird der Lebensstil unserer Stadt geprägt? Zum Beispiel lassen wir uns unsere Musikschule rund 1,1 Millionen Euro kosten, pro Jahr! Unsere Vereine dürfen die Hallen und Duschen selbstverständlich kostenlos benutzen (nicht nur mit Jugendgruppen) und werden großzügig mit Räumlichkeiten und Investitionskostenzuschüssen bedacht. Im Kulturbereich geben wir mehrere Millionen aus und wir haben Veranstaltungshallen zum Oder-Zuschütten, wir machen Stadtmarketing und Lichtkonzept, engagieren uns in Städte-Partnerschaften und und und. Und manche haben noch nicht genug – die SPD wünscht sich noch eine Kinderkunstschule und einen Skulpturenpark, die CDU Albzugänge am Rathaus, die FE Unterstützung für das Abwasser und die FDP findet auch immer mal wieder was schön.

Würde man endlich mal das Große und Ganze betrachten, wie die Familie, dann wäre es dem Bürger auch zu vermitteln, dass es sich zum Beispiel nicht lohnt, für 15 Veranstaltungen im Jahr eine Halle zu bauen bzw. zu sanieren (Ettlingenweier und Spessart). Die Stadt könnte für das Geld 30 Jahre lang bei Bedarf einen kostenlosen Pendelverkehr zu anderen Hallen einrichten und an Fasching Zelthallen mit allem Schnickschnack aufbauen lassen. Eigentlich braucht eine Stadt unserer Größe nur drei Veranstaltungshallen, eine große, eine mittlere und eine kleine, wir haben zehn plus die Räume in Schloss und Buhlscher Mühle plus die Hallen und Aulen der Schulen. Statt neu zu bauen muss man an abreißen oder verkaufen denken! Was man aber dem Bürger nicht vermitteln kann, ist, dass man an so was denkt und ihm das zumutet, während gleichzeitig an anderer Stelle das Geld mit beiden Händen zum Fenster rausgeschmissen wird.

Die Familie hat auf lieb gewonnene Dinge verzichtet, weil sie die Notwendigkeit einsieht. Wenn wir als Stadt aber neue Kunstwerke für 15.000 Euro ankaufen und Straßen mit Brückenbauwerken für 300.000 € bauen, obwohl es ein Wendehammer auch getan hätte – dann kann man von dem Bürger auch nicht verlangen, dass er beim Sparen mitmacht – denn dann sieht es wie Abzocke aus. Das wäre, wie wenn die Familie den Kindern das Taschengeld streicht, während die Eltern die nächste Motorradtour planen!

Wir werden den Haushalt ablehnen, weil einfach nur von heute auf morgen gewurschtelt wird, ohne Planung für die Zukunft, denn im Investitionsplan (mittelfristige Finanzplanung) finden sich die Beträge die ich Ihnen genannt habe überwiegend nicht und dennoch haben wir schon ab 2010 keine Rücklagen mehr. Das heißt: mit etwas mehr Haushaltsklarheit und -wahrheit im Investitionsprogramm des Haushaltes – sähe es ganz schwarz aus. Der Kollaps wäre für jeden deutlich und genau das bräuchten wir, damit endlich Bewegung in die Köpfe kommt. Das Lieblingsprojekt unserer OB, die Schlosssanierung soll jetzt ins Investitionsprogramm. Erst mal mit 10 Millionen Euro, um an (vielleicht) 36 % Fördermittel zu kommen. Warum kommt der Rest der schon sicheren Ausgaben nicht rein? Es wird nicht bei 2,4 Millionen für die Wilhelm-Lorenz-Realschule bleiben, und nicht bei fast 0 für die anderen Schulen, die Krippen gehören rein usw. – All das bleibt draußen, weil es dann auch der letzte Rechenkünstler merken würde, dass wir nicht alles auf einmal haben können.

Frau Büssemaker's Idee für ein kommunales Konjunkturprogramm ist toll, wir sind auch nicht grundsätzlich gegen Kreditaufnahme in diesen Zeiten, aber dann für Investitionen in die Zukunft. Wenn ich weiß, dass ich Geld für Schulen und Krippen ausgeben muss, aber jetzt erst mal Geld für die Sanierung einer Veranstaltungshalle einstelle – dann ist das nicht konsequent. Das Konjunkturpaket II des Landes hat jetzt ja dafür gesorgt, dass die Sanierung der WLR angegangen werden wird. Allerdings hätte das auch ohne Paket nie eine Frage sein dürfen!

Die Bürgerhalle in Ettligenweier, genauso wie der Anbau beim TSV schmälern nur unsere Handlungsfähigkeit für die Zukunft. Wie die Familie, müssen wir uns auf das, was man machen muss, konzentrieren, und auf das, was schön wäre, leider verzichten.

Wir beantragen deshalb auf die Sanierung der Bürgerhalle zu verzichten, die Halle zu nutzen solange es ohne Gefährdung noch möglich ist und sie dann abzureißen. Über die Nutzung des Platzes wird dann in Absprache mit dem Ortschaftsrat entschieden (1.000.000 € in 2009, 1.000.000 € in 2010). Im Gegenzug überlegt sich die Verwaltung, wie sie einen Pendelbusverkehr einrichten kann bzw. eine Zelthalle anmieten kann, der frei werdende Betrag aus dem Konjunkturpaket II sollte in energetische Verbesserungen bei der Franz-Kühn-Halle gesteckt werden.

Außerdem beantragen wir auf den Aus- und Anbau beim TSV Spessart zu verzichten (300.000 € in 2009, 1,44 Mio. € in 2010), im Gegenzug überlegt sich die Verwaltung, wie sie einen Pendelbusverkehr einrichten kann bzw. eine Zelthalle anmieten kann.

Wir beantragen auf die Reparatur am Dach der Turnhalle Schluttenbach zu verzichten (50.000 € in 2009).

Wird allen drei Anträgen stattgegeben, beantragen wir einen geeigneten Ort für einen Hallenneubau in den Höhenstadtteilen (3-Feld-Sporthalle mit angeschlossenem Veranstaltungsraum für 200 Personen und Küche) zu finden und eine Kostenschätzung anzustellen.

Auch die Schlossfestspiele sind das perfekte Beispiel dafür, wie das strukturelle Denk-Defizit dieser Stadt funktioniert!

Wir haben vor fünf Jahren den Mut gehabt zu sagen: Wir sind für die Abschaffung der Schlossfestspiele nach bisherigem Konzept und im Gegenzug befürworten wir ein breit gefächertes Sommer-Programm das ein gemischtes Publikum anspricht, z. B. mit Freiluftkino im Schlosshof oder LGS, Konzerten im Baggerloch, mit Auftritten der örtlichen Theatergruppen, eingekauften Aufführungen von Gastspielensembles, mit Beachvolleyball-Turnier, Tanzveranstaltungen, etc.

Was haben wir dafür Prügel eingesteckt.

Mittlerweile ist es Tradition anderer Fraktionen regelmäßig Kino im Schlosshof zu beantragen, was ebenso regelmäßig von der Verwaltung abgelehnt wird, weil es Konkurrenz zu den Schlossfestspielen wäre und nicht parallel durchführbar ist (womit wir wieder bei: „Man kann nicht alles haben!“ wären.) Spätestens unser Vergleich mit dem „Das Fest“ in Karlsruhe hat nun einigen die Augen geöffnet. 300.000 Gäste, überregionale Werbung und das alles für nur 150.000 €, (250.000 € wenn's ganz schlecht läuft) – da kommen unsere Schlossfestspiele nicht mit.

Doch all diese inhaltlichen Diskussionen waren eigentlich nie unser Ziel. Wir waren nie gegen die Schlossfestspiele aus Prinzip, das Alternativprogramm war nur als Zückerlein für die Kultur- und Eventsüchtigen in Gemeinderat und Verwaltung gedacht.

Unser struktureller Ansatz war immer: Wo ist der Bereich, wo wir von heute auf morgen den Schlüssel umdrehen können, keine Schlechtersversorgung der Ettliger Bürgerinnen und Bürger haben und tatsächlich sparen können, weil tatsächlich Kosten wegfallen? Und die einzige Antwort auf diese strukturelle Überlegung war und ist: bei den Schlossfestspielen. Nur dort würden sofort wirklich Personalkosten eingespart werden können, nur dort haben wir kein zusätzliches Gebäude am Hals, nur dort gibt es Kosten für Spielbetrieb und Bühne, die einfach nicht anfallen, wenn wir keinen Spielbetrieb mehr haben. Das war unser Ansatz in strukturellem Denken und heraus kam die logische Schlussfolgerung: Wir sind bereit die Schlossfestspiele abzuschaffen. Diese Art des Denkens war aber nie Thema für die anderen, keiner hat mit uns darüber diskutiert, wo sie ähnliche Chancen sehen würden, wo sie Struk-

turen ändern wollen um Einsparungen zu erzielen – es ging nur um Inhalte und Gefühle: „Wir sind stolz auf unsere Schlossfestspiele!“ – war das Hauptargument der größten Denker im Gemeinderat. Dazu kann ich nur sagen: „Ich auch!“ Trotzdem bin ich bereit den Schnitt zu machen, auch wenn es mir weh tut.

Von „Denken in Strukturen“ ist nichts zu sehen.

Am offensichtlichsten wird das fehlende strukturelle Denken beim berühmten fehlenden Raumkonzept. Wir forderten schon 2005 ein Raumkonzept und warnten davor, dass bis 2012 die Entscheidung gefallen sein muss, ob wir das rote Rathaus weiter mieten. 2006 sprachen wir explizit davon, dass mehrere Varianten geprüft werden müssten, inklusive der eines Neubaus. Kündigen können wir den unattraktiven Mietvertrag für das rote Rathaus nämlich 2012 nur, wenn wir wissen, dass wir 2015 dann auch die Mitarbeiter woanders unterbringen können – Umbau vorhandener Räumlichkeiten oder Neubau, geht eben nicht von heute auf morgen – das braucht schon mehr Vorlauf. Mittlerweile wird die Zeit knapp und beim Thema Neubau schlägt der Wahlkampf zu: ein Neubau komme nicht in Frage, die Verwaltung wolle es sich damit nur „schön“ machen und dafür sein kein Geld da – so kann man die „Neid-Debatte“, die manche da vom Zaun brechen, zusammenfassen. Für uns trifft die Frage „zentrale Unterbringung in einem Neubau“ oder „dezentrale Verteilung nach Umbau und Renovierung im Altbaubestand“ gar nicht den Kern: wir fragen eher: warum sind wir nach fünf Jahren keinen Schritt weiter?

Am Beispiel Archiv kann man sehen, wie die Verwaltung vorgeht. Eine der ersten Veranstaltungen die ich 2004 als neue Gemeinderätin besucht habe, war die Begehung des Speichers des Rathauses, weil die OB die Idee hatte dort das Archiv unterzubringen. Schon damals platze es aus allen Nähten und eine Lösung war dringend notwendig. Bis heute sind wir keinen Schritt weiter. Wenn aber doch seit Jahren bekannt ist, dass Akten und Papier verschimmeln, man weiß, dass die Bereithaltung eines Archivs eine Pflichtaufgabe ist – dann muss die Priorität eben so hoch eingestuft werden, dass man innerhalb von fünf Jahren eine Lösung findet!

Die Fragen, die die Verwaltung sich stellen muss sind eigentlich ganz einfach: Wie müssen die Räume sein, damit sie sich für das Archiv eignen? Stichworte: Größe, Luftfeuchtigkeit, Statik, Zentralität, barrierefreier Zugang, Erreichbarkeit für die Dienststellen, Anbindung an das Datennetz, Brandschutz.

Dann kommt: Wo hat die Stadt Räume, die diese Kriterien erfüllen? Dann: was ist bislang in diesen Räumen? Wohin könnte es ausgelagert werden? Hätte man das vor fünf Jahren beim Archiv begonnen und dann für alle Dienststellen bzw. Räume entsprechend weiter gemacht, hätten wir längst ein richtiges Raumkonzept.

Wir bekommen stattdessen nur immer mal wieder eine Idee vorgetragen, die jeweils ganz aktuell und ganz dringend und ganz toll ist: Archiv auf den Speicher, Archiv in die Ottostraße, Archiv in den Breuninger, Archiv an den Berliner Platz ... Von einem Konzept, das nach einem erkennbaren Muster vorgeht und Daten kanalisiert und sinnvoll überprüft ist nichts zu erkennen.

Wirklich wütend macht mich, dass die Verwaltung die Chance gehabt hätte mit dem neuen Gemeinderat echten strukturellen Änderungen näher zu kommen. Es waren zu Beginn, als die nächste Wahl noch weit entfernt war, einige Gemeinderäte da, die den Mut gehabt hätten Veränderungen zu durchdenken und vielleicht sogar mitzutragen. Egal ob Hallenschließungen, Neuorientierung bei der Musikschule, Umordnung bei den Verwaltungsbauten, Prioritätenliste für Gebäudesanierungen bei Schulen und Verwaltung – das alles hätte vorbereitet werden können und einiges davon sogar umgesetzt werden können – statt dessen wurde viel Energie in andere Dinge gesteckt. Machbarkeitsstudien für Tiefgaragen unter dem Schloss waren innerhalb von 2 Monaten erstellt, ohne dass jemand darum gebeten hätte, Machbarkeitsstudien über Hallenschließungen, Zusammenlegung und Neubau werden trotz Forderung in fünf Jahren nicht gebracht. Die Verwaltung, speziell in Person der OB macht es sich sehr einfach. Sie stellt sich immer wieder hier hin und predigt ebenfalls das Lied von strukturellen Veränderung, Einschnitten bei den Freiwilligkeitsleistungen und Senkung des Standards. Nur: ihre eigenen Haushalte haben diese Predigten nie widergespiegelt. Zum Beispiel wird jede Straße die gemacht wird, auf hohem Niveau ausgebaut, mit Bauminseln

etc. Gleichzeitig erzählt uns Frau Büssemaker, wir müssten bei der Grünpflege sparen. Bauminseln sind nun mal pflegeintensiv, da muss man von Hand ran, kann keine Maschinen zum Einsatz bringen – aber bei den Planungen der Stadt: keine Änderung in Sicht. Oder aktuell in der neu geplanten Hertzstraße Süd-Ost: Da verkämpft sich die Verwaltung für die deutlich teurere Variante mit Brücke, obwohl die mit Wendehammer durchaus auch praktikabel gewesen wäre. Wo soll ein Gemeinderat, besetzt mit Laien, die ehrenamtlich arbeiten, die Daten und die Kraft her nehmen, die Verwaltung zu bremsen?

Ich habe dieses Jahr viel Zeit verwendet um das strukturelle Denken anhand der Zustände und des Umgangs mit den Gebäuden zu erklären. Selbstverständlich gibt es noch viel mehr zu bedenken als nur die Gebäude.

Gute Kinderbetreuung und Bildung kosten Personal. Bei all den Investitionen in die Gebäude dürfen wir das Wichtigste nicht vergessen. Eine Schule, die tolle neue Fenster hat, aber von den Kindern Kreidegeld verlangt oder Lektüren nicht liest, weil kein Geld mehr da ist, ist keine gute Schule. Eine Schule, die einen Preis für die Architektur bekommt, aber in der die Betreuung nicht funktioniert weil die Jugendbegleiter ständig wechseln oder ausfallen, ist keine gute Schule. Ähnliches gilt für Kindergärten. Wir dürfen nicht nur in Beton sondern müssen auch in Köpfe investieren. Leider dürfen wir nicht selbst Lehrer anstellen, aber kein Gesetz verbietet uns den Schulen Mitarbeiter an die Hand zu geben, die bei der Umsetzung des pädagogischen Konzeptes helfen. Ob das die Hilfskraft ist, die eine durchgehende Öffnung der Schülerbibliothek erlaubt, sodass die Schülerinnen und Schüler in Hohlstunden recherchieren und arbeiten können oder der Sozialpädagoge der den Trainingsraum am Vormittag besetzt, damit die Schule das Arizonamodell implementieren kann ... es gibt genug Möglichkeiten für eine Kommune hier den Schulen und damit den Schülern zu helfen. Ein erster Schritt wären da die Schulsozialarbeiterstellen, die leider in den Haushaltsberatungen ganz schnell hinten runterfielen aber heute wieder auf der Tagesordnung stehen. 120.000 € für Türknäufe statt Klinken, werden nach Winnenden sofort ausgegeben – aber mit Personalstellen tun wir uns schwer.

Wir beantragen die Einrichtung von zwei weiteren Schulsozialarbeiterstellen und fordern gleichzeitig alle Schulleitungen auf, sich mit dem Bildungsamt in Verbindung zu setzen, um weitere Hilfeleistungen personeller Art, anzuregen.

Zuletzt noch ein paar Worte zum Schloss:

Was gab das für Schlagzeilen in 2008. 5 Millionen, 10 Millionen, 20 Millionen, 22 Millionen – wer bietet mehr?

Und als dann auch die anderen Zahlen sich langsam abzeichneten, vor allem Schulsanierungen und es einigen langsam aufging, dass der Haushalt zu Beginn des Wahlkampfes verabschiedet werden würde: da kam die große Wende. Das Projekt Schloss hatte in den Haushaltsberatungen keine Chance mehr. Weniger aus echter Überzeugung, mehr aus Wahlkampfaktik wurde es gestrichen.

Alle Fraktionen (bis auf die SPD) – fast alle Fraktionen haben nach anfänglichem Zögern und Sträuben die Stimmung der Bevölkerung aufgenommen und erkannt, dass sie mit einem Beschluss für die Edelsanierung des Schlosses Wählerstimmen verlieren – also wurde kurzerhand das Schloss zum Symbol des Sparwillens. Der Trick war folgender: Stellen Sie sich vor:

Ein Bürger bestellt sich im Katalog teure Kleider, probiert sie an, genießt sein elegantes Aussehen und schickt sie dann wieder zurück. Das Beste dabei: Erst bekommt er eine Rechnung über 500 Euro, dann eine Bescheinigung über die Stornierung – er hat also 500 € gespart und das ohne dass irgendein Cent den Besitzer gewechselt hätte oder er mehr Geld im Geldbeutel hätte. So leicht kann man 500 Euro sparen.

Auf den Trichter sind die Parteien und FE im Angesicht des bevorstehenden Wahlkampfes auch gekommen. Man erweckt den Eindruck, dass die Sanierung des Schlosses schon so gut wie beschlossen ist und alle rechnen damit, dass 10 oder 20 Millionen Euro ausgegeben werden – dann beschließt man die Sanierung doch nicht und verkündet, dass man dafür verantwortlich ist, dass 10 bis 20 Millionen Euro gespart wurden. Auch `ne Art den Haushalt

zu sanieren – hat aber wenig mit strukturellem Denken zu tun und mit Sparen sowieso nichts.

Leider hat jetzt die Verschiebung des Haushaltes dazu geführt, dass die Sparwilligen, geblendet vom Konjunkturpaket II und dem Coup der OB mit den Fördermitteln für das Schloss, plötzlich wieder unsicher werden. Vielleicht kann man ja doch alles auf einmal haben? Schloss, Schulen, Feuerwehr, Hochwasserschutz, Krippen, Straßen, Kunst, Kultur, ...? Plötzlich soll doch wieder 1 Million Euro für Planungen eingestellt werden und 10 Millionen Euro in das Investitionsprogramm – das Konjunkturpaket hat also nicht dazu geführt, dass wir an den Schulen mehr und schneller investieren, sondern dass die Planungen, das Schloss doch edelzusaniieren, weiter betrieben werden. Wir lehnen das ab.

Der Coup der OB uns Sanierungsmittel in Höhe von sicher 5,4 und vielleicht sogar ca. 7 Millionen Euro an Land zu ziehen muss schon mit der nötigen Bewunderung bedacht werden, aber er sollte uns nicht dazu verleiten Geld auszugeben, das wir nicht haben. Die 7 Millionen fließen nur, wenn wir auch 22 Millionen Euro ausgeben. Nachdem nun klar ist, was für Ausgaben in anderen Bereichen in den nächsten Jahren auf uns zukommen, müssen wir aber beim Schloss sparen. Große Umbaumaßnahmen, transparente Eingänge oder auch solche für mehr Barrierefreiheit sind nicht drin. Dann brauche ich aber auch keinen Architekt der das plant. Ist die Heizung kaputt brauche ich einen Heizungsbauer, der sie repariert, sind die Wasserleitungen kaputt brauche ich einen Klempner – mehr nicht. Es nutzt mir nichts, wenn ich 36 % Förderung bekomme, wenn ich 22 Millionen Euro ausbebe, denn dann muss ich immer noch 15 Millionen Euro ausgeben. Da gebe ich doch lieber nur 5 aus, auch wenn ich die dann alleine zahlen muss. Wir sind gegen eine weitere Generalsanierungsplanung am Schloss. Wir wollen das Gebäude erhalten, nicht wesentlich verbessern. Energetische Sanierung hat ihre Grenzen in historischen Gebäuden wie dem Schloss, dort muss man eher die Nutzung dem Gebäude anpassen, als das Gebäude der Nutzung. Weder brauchen wir dort in allen Räumen die neuste Wärmeschutzverglasung, noch die perfekte Dachdämmung. Die Heizung muss in den Flügeln und Stockwerken getrennt regelbar sein, um nicht das ganze Schloss heizen zu müssen, wenn ein Konzert im Asamsaal ist, die Wasserrohre müssen dicht sein und Strom muss da sein – alles Weitere ist Luxus.

Wir beantragen die Million in 2009 zu streichen, ebenso die 10 Millionen Euro in 2010 und 2011. Stattdessen werden Angebote für die Reparatur der Heizung und der Wasserrohre eingeholt.

Wir hoffen, dass die Kommunalwahl für frischen Wind sorgt, denn wir suchen noch den Gemeinderat und die Verwaltung mit denen man neue Ideen mal kritisch durchdenken kann und dann gemeinsam strukturelle Änderungen beschließt, damit endlich was passiert.

Zum Ende möchte ich noch Herrn Becker herzlich für seine Arbeit danken. Wir werden ihn und seine ruhige Art vermissen. Unser Dank geht natürlich auch an die anderen Mitarbeiter der Kämmerei.

Weil der Haushalt keine grundsätzlichen Änderungen im Ausgabeverhalten erkennen lässt, lehnen wir den Haushalt ab.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtrat Künzel hält für die FDP-Fraktion folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
Frau Oberbürgermeisterin, Frau Bürgermeisterin,
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

die diesjährige Haushaltsverabschiedung steht zum einen im Zeichen der globalwirtschaftlichen Gesamtsituation und den bis dato noch nicht absehbaren Auswirkungen auch auf unsere Stadt, und zum anderen geht die Legislatur des derzeitigen Gemeinderats zu Ende. Viele Kollegen, die sich im Rat über Jahre engagierten, und ihre Vorstellung von kommunaler Verantwortung einbrachten, werden aus dem Rat ausscheiden und für eine nächste Le-

gislatur nicht mehr zur Verfügung stehen. An dieser Stelle geht mein ganz besonderer Dank an meinen fast väterlichen Kollegen und Freund Michael Böhne, der über viele Jahre die liberalen Positionen wehrhaft vertrat, unkonventionelle Vorschläge einbrachte, und stets um ein harmonisches Zusammenwirken bemüht war.

Lieber Michael,
ich werde dich, wenn ich denn wieder in Gemeinderat sein sollte, vermissen, möchte mich für die kollegiale Zusammenarbeit bedanken und wünsche dir entspanntere Zeiten auch ohne Kommunalpolitik. Ein nicht geringerer Dank geht natürlich auch an die Kollegen, mit denen das politische Raufen einherging - hart in der Sache, fair im Umgang - sollte und war die Maxime.

Zum Ende der Legislatur kann man natürlich nun fragen, ob es uns denn gelungen ist, die Stadt in den fünf Jahren unseres Wirkens, nach vorne zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
darauf eine Antwort zu geben ist immer schwierig, da wir ja nicht wissen wie es anders gekommen wäre. Aber in einem sind wir uns sicherlich einig. Die Tatsache, dass sechs recht unterschiedlich strukturierte Gruppierungen um Ettlings Wohlergehen rangen, hat ein bisher ungewohntes Bewusstsein von demokratischen Prozessen und Meinungsfindungen geschaffen. Wir denken, es ist uns ein gutes Stück gelungen, kommunale Themen stärker in die Bevölkerung zu tragen. Das macht das Handeln im Einzelnen vielleicht nicht einfacher, aber mehr Transparenz und Einbindung der Bürgerschaft ist ja unser Ziel seit jeher. Es gibt sicherlich eine Vielzahl kommunaler Aufgaben die auf dem kleinen Dienstweg erledigt werden könnten, was bezüglich Effizienz und Effektivität wünschenswert ist. Wir machten gelegentlich die Erfahrung, dass ohne aufwendig einzubringenden Antrag, seitens einer oder mehrerer Gruppen, kaum was ging. Und wir sind davon überzeugt, dass dabei vordergründig nicht nur die Profilierung der Antragsteller zu sehen ist. Es gibt hier wohl gewisse Sachzwänge ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
was uns bei der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit betrifft, wirkt unser Handeln gelegentlich konfus. Die Verwaltung schlägt vor, Ausschüsse beraten und empfehlen anders, und der Gemeinderat entscheidet wieder ganz anders. So was verwirrt ...
Der Umstand, dass zwischen Verwaltung und Gemeinderat oft etwas völlig aus dem Ruder läuft, stärkt das Bild der konstruktiven Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit auch nicht mehr. Der Eindruck, die Verwaltung macht nicht das was der Gemeinderat will oder sich vorstellt, hat sich leider bei verschiedenen Beispielen bestätigt. Das macht die Zusammenarbeit nicht einfacher und es stellt sich ein gewisses Misstrauen ein. Wir möchten an dieser Stelle den dezenten Hinweis geben, dem Bürger damit am wenigsten zu dienen.

Sie sehen meine Damen und Herren,
wir sind gerne bereit unser Tun und Handeln auch kritisch zu hinterfragen. Vielleicht haben wir im Rat, oder die Verwaltung, auch nur Anpassungsschwierigkeiten.

Wir möchten nun ein Thema beleuchten, bei dem wir mit großer Euphorie und Begeisterung gestartet sind: Der Leitbildprozess.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,
werte Vertreter der Verwaltung,
das wir einen Leitbildprozess angeschoben haben, unsere Bürger zur Mitarbeit begeistern konnten, qualifizierte Arbeitsgruppen sich bildeten, ist eine tolle Sache und stimmt uns zuversichtlich. Eigentlich sollte er nie abgeschlossen, sondern fortwährend weiterentwickelt werden.
Was uns an dem bisherigen Werdegang jedoch störte und immer noch nicht aufgearbeitet ist, ist die Tatsache, dass die Akteure der Arbeitsgruppen nicht die Gelegenheit hatten ihre

Ergebnisse uns so vorzustellen, wie es die inhaltliche Aussage, ihr Engagement und Bereitschaft zur Mitarbeit rechtfertigen würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Frau Oberbürgermeisterin,
in einem Fünf-Minuten-Statement kann man wohl kaum die Arbeit in ihrem Umfang so vorstellen, dass sie auch nur ansatzweise das widerspiegelt, was zuvor an Energie, Engagement und Sachverstand eingebracht wurde. Wir waren mehr als enttäuscht als wir davon hörten, dass den Akteuren nicht die Gelegenheit gegeben wurde, umfänglich ihre Ergebnisse zu präsentieren. Eine Sonderveranstaltung wäre sicherlich angemessen gewesen. Ich denke dass sollte uns der ganze Prozess, der letztlich ja etwas gekostet hat, wert sein. Und wir denken weiter, dass die Ergebnisse auch in unsere Arbeit einfließen sollten und verwertet werden müssen. Hier ist absolut was nachzuholen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
Sie haben in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung darauf abgehoben, dass Sie die Jahre hohen Steueraufkommens (erhebl. Steuermehreinnahmen bei der Gewerbesteuer durch Betriebsprüfungen in den Jahren 2005 bis 2007) nutzten, um entsprechende Rücklagen zu bilden.

Das Bilden von Rücklagen ist in guten Zeiten richtig um entsprechend in schlechten Zeiten handeln zu können – der Begriff antizyklischer Investition ist in unserem Gremium ja schon öfters gefallen –, ist der absolut richtige Weg. Ein Weg, der auch in Privathaushalten und bei vielen mittelständischen Unternehmen gepflegt wird. Bei der Großindustrie bin ich mir da nicht so sicher, sonst wäre der Schrei nach staatlicher Unterstützung wohl ausgeblieben. Insofern haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin, unsere volle Unterstützung. Wenngleich wir aber die Frage stellen, ob wir überhaupt in der Lage gewesen wären, ohne dieses erhebliche Steuermehraufkommen der letzten Jahre, Rücklagen zu bilden. Die Regel gibt bekanntlich vor, dass Rücklagen nur aus dem operativen Geschäft – Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt – möglich sind, wenn entsprechend positive Abschlussergebnisse vorliegen. Unsere Situation der letzten Jahre zeigte aber immer in der Planung, also ohne vorhersehbare Steuermehreinnahme, ein umgekehrtes Bild. Stets hatten wir einen nicht unerheblichen Betrag (oft um die 1 Million Euro) zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts. Das kann nicht in unserem Sinne sein und wurde von der Aufsichtsbehörde (Regierungspräsidium) getadelt.

Fakt ist, dass der Verwaltungshaushalt, also das operative Geschäft, stetig über die Jahre angewachsen ist und die Aufwendungen im Bereich der freiwilligen Leistungen ständig zunimmt. Eine Entwicklung, der man auch eine gewisse politische Eigendynamik unterstellen kann.

Bei der Diskussion über unsere Personalstruktur, bat ich darum, uns eine - analog zum Beschäftigungsstatus - Übersicht zu geben, aus der ersichtlich wird, welche Beschäftigten sich mit kommunalen Pflichtaufgaben und welche sich überwiegend mit den freiwilligen Leistungen beschäftigen. Dass es hier zu Überschneidungen kommt ist uns bewusst. Und dennoch brauchen wir ein klares Bild, wenn wir denn wirklich über die Konsolidierung unseres Verwaltungshaushalts (dann irgendwann) strukturell diskutieren wollen. Wir sind sehr zuversichtlich eine entsprechende Vorlage von der Verwaltung in absehbarer Zeit zu bekommen.

Es ist uns in diesem Jahr durch das Konjunkturpaket II gelungen die traditionelle Milliönchen-Zuführung (Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt) auf einen Betrag unter 400 T€ zu reduzieren. Wir freuen uns darüber. Dieser Effekt ist aber auch nur einmalig. Entscheidend wird zunehmend unsere mittelfristige Finanzplanung mit den sich darin abzeichnenden Spielräumen.

Und da wird uns die Kurskorrektur nicht erspart bleiben!

Kinderbetreuung

Dass die vom Gesetzgeber vorgegebene Richtlinie zur Planung des Kinderbetreuungsangebots eine gesellschaftliche Gesamtentwicklung widerspiegelt, haben wir verstanden. Wir sind in Ettlingen aus Eigenmotivation schon sehr gut aufgestellt. Tun mehr als andere Kommunen und sind uns in dieser Sache im Rat einig.

Über das Konnexitäts-Prinzip machen sich die Leute in Berlin und Stuttgart allerdings wenig oder keine Gedanken. Sie werden ja auch nicht von den Kommunalpolitikern und Bürgermeistern gewählt, die dann schauen müssen, wie sie finanziell klar kommen. Das gleiche Drama hatten wir schon bei der Einführung des G8 an den Gymnasien.

Ettlingen verantwortet sich selbst und sucht auch alternative Wege. Mit dem Ansatz in unserer Stadt auch die betriebsnahen privatwirtschaftlichen Kinderbetreuungseinrichtungen bei der Bedarfsplanung mit zu berücksichtigen ist unseres Erachtens ein gutes Zeichen. Wir sollten dem Arbeitsplatzstandort Ettlingen auf diese Weise stärken und diesen „weichen Standortfaktor“ auch als Wirtschaftsförderung verstehen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

es ist gut zu wissen, dass wir bezüglich Kinderbetreuung, Schulausbau, am gleichen Strang ziehen und unseren Bürgern zeigen, dass wir das auch so meinen was wir sagen, entsprechend handeln und Geld in die Hand nehmen. Aber man könnte auch immer noch mehr tun ...

Aus diesem Grunde möchte ich nun, sehr geehrte Damen und Herren, auf das nächste Thema überleiten:

Schulsozialarbeit

Ich glaube niemand im Saal bezweifelt ernsthaft, dass sich die Situation an unseren Schulen verschärft hat. Verschärft in dem Sinne, dass viele Probleme eben nicht mehr mit den nächsten Angehörigen und Freunden konstruktiv aufgearbeitet werden, wie zum Beispiele in der Familie, sondern zunehmend mit in die Schule getragen werden. Begriffe wie Mobbing, Gewalttätigkeit in einer bis jetzt unbekanntem Brutalität, soziale Abschottung und Vereinsamung, sind Dinge die gegenwärtig wahrgenommen werden und unsere Aufmerksamkeit fordern. Schulleitungen, Lehrer, Elternvertreter und Schülervertreter sprechen sich für diese notwendige und sinnvolle Einrichtung aus. Und wünschen sie, meine Damen und Herren, auch berechtigterweise an unseren Schulen!

Gemeint ist aber auch damit keine Alibi Drei-Stunden die Woche-Stelle, sondern eine verlässliche Position mit entsprechender Verankerung an der Schule.

Ziel muss sein, pro Schule eine Stelle zu schaffen! Aber natürlich kenne ich den Einwand schon: „Wer zahlt´s?“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Zorn schau´ ich an dieser Stelle nach Stuttgart, wo Betonpolitiker lieber aus Schulen Hochsicherheitstrakte bauen wollen und sich beharrlich der sozialen Anforderung verweigern, statt endlich dafür Sorge zu tragen das wir:

- kleinere Klassen (Klassenteiler 24) bekommen,
- besser ausgebildete Lehrer haben,
- Schulsozialarbeit dauerhaft installiert bekommen,
- die Schulleiter mehr Personalkompetenz haben,
- und ein Mitspracherecht der Gesamtelternvertreter besteht.

Ich bin davon überzeugt, wir Kommunalpolitiker hätten weniger Sorgen und den Menschen, um die es geht - Schüler, Lehrer, Eltern - ginge es besser.

Aber das setzt voraus, dass man eben nicht nur vom kinderfreundlichen Ländle spricht, den hohen Bildungsstand im Ländle lobt, und alles in Worthülsen verpackt.

Dass es unseren Kindern im Ländle noch so gut geht, liegt doch letztendlich an der Bereitschaft ihrer Eltern, keine Kosten zu scheuen und alles für ihre Ausbildung zu tun. Und warum der Anteil an Schülern, die auf private Einrichtungen wechseln, stetig wächst, spricht für sich.

Meine Damen und Herren,
es ist nicht unverschämt, wenn man hier von einer landespolitischen Doppelmoral spricht! Und deswegen sagen wir: wenn es in Stuttgart schon kein Fingerspitzengefühl gibt, dann wenigstens hier in Ettlingen.

Wir beantragen daher die Einstellung von Mittel für die Schulsozialarbeit. Einen entsprechenden formellen Antrag haben wir an die Verwaltung gerichtet.

Sehr geehrte Damen und Herren,
das war der Beitrag zum Thema „weiche Investitionen“. Erlauben Sie mir nun einen Sprung zu unserer Politik bezüglich „harten Investitionen“.

Sanierung öffentlicher Gebäude

Dass wir uns in der Summe für ein Investitionsprogramm „Sanierung öffentlicher Gebäude“ entschieden haben, sollte auch als Signal verstanden werden. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ist diese Maßnahme sinnvoll und angemessen. Die Maßnahmen, die wir vereinbarten, müssen auch nachhaltig Wirkung zeigen. So zum Beispiel bei der Einsparung von Energiekosten, die in erheblichem Maße den Verwaltungshaushalt belasten. Frau Oberbürgermeisterin Büssemaker hatte zu Recht in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung darauf hingewiesen und die Kosten mit mehr als über 1 Mio. € beziffert. Dies bedeutet für uns, dass wir neben der baulichen Substanzerhaltung, der energetischen Sanierung ein sehr hohes Gewicht schenken müssen. Nicht zuletzt ist dies auch durch das Konjunkturprogramm II so gewollt, das wir in vollem Umfang ausnutzen.

Dass wir dabei unseren Schwerpunkt auf die Schulen richten und uns insbesondere auf die Wilhelm-Lorenz-Realschule fokussieren ist angemessen. Die Schule ist in die Jahre gekommen. Ein Sanierungsstau überfällig – Handeln unumgänglich!

Dennoch möchten wir natürlich allen gerecht werden und keine Schule benachteiligen oder gar vernachlässigen. Wir haben in der Vergangenheit für den Schulausbau (Ganztages-schulbetrieb) Geld in die Hand genommen und werden es sicherlich auch in Zukunft tun. Allem vorausgestellt sein muss natürlich ein Prioritätenkatalog. Und hier ist eben der energetische Aspekt ein ganz wichtiger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Mitarbeiter der Verwaltung,
wir schreiben heute den 7. April 2009. Das erst Quartal ist vorbei. Der Haushalt noch nicht genehmigt. Mit regelmäßiger Beständigkeit schieben wir Haushaltsreste in Höhe eines knappen Millionchens vom Vorjahr vor uns her. Daraus resultiert der Begriff Haushaltsrestübertragung. Im Grunde genommen sieht es doch so aus: Wir nehmen uns jedes Jahr mächtig viel vor und schaffen´s am Ende dann doch nicht. Das bedeutet doch in der Konsequenz, wenn wir uns – Konjunkturpaket II hin oder her - noch mehr vornehmen, wir im Ergebnis noch weniger umgesetzt bekommen. Das heißt im Klartext: die Summe der zu übertragenden Haushaltreste steigt noch mehr an. Ein Prozess denn wir so weiterführen können, aber nicht müssen. Unsere Verwaltung beklagt, dass sie mit dem ihr zur Verfügung stehenden Personal nicht noch mehr leisten kann. Die Grenze des Zumutbaren ist erreicht, oder auch bei einzelnen Mitarbeitern überschritten.

Daher sollten wir, bei allem Ehrgeiz, immer die Machbarkeitsfrage stellen.
Wir stellten Sie unlängst im Verwaltungsausschuss bei der avisierten Sanierung Schloss.

Schloss

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich glaube jeder der ab und zu ins Schloss kommt, auch mal Räume besucht die nicht dem allgemeinen Publikum zugänglich sind, hat begriffen, dass hier was geschehen muss. Das Schloss ist sozusagen ins „Alter“ gekommen. Mediziner empfehlen in solchen Fällen eine Frischzellenkur, Vitalisierungsaktivitäten oder anders gesprochen und im schwierigsten Stadium „lebenserhaltende Maßnahmen“.

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind bei den lebenserhaltenden Maßnahmen angelangt, glaubt man der Vorlage der Verwaltung oder der gutachterlichen Einschätzung des Architekten. Bleibt die Frage, was müssen wir tun, wozu sind wir bereit und was können wir uns leisten. Drei Fragen die völlig unterschiedlich beantwortet werden können. Ein wichtiger Aspekt, der uns immer wieder sinnvollerweise begleitet, ist der Umfang oder die Höhe der zu erwartenden Fördermittel vom Land zur Sanierung.

Wir finden es erstmals richtig, das man sich die Mühe gemacht hat in drei Sparten zu differenzieren

- energetische Sanierung
- bausubstanzielle Sanierung
- und der behindertengerechte Ausbau.

Betrachtet man im Nachgang die Verhandlungen und Beratungen zur Mitteleinstellung, wird einem ganz schwindlig. Zuerst waren im Haushaltsentwurf 2 Millionen € eingestellt. Die wurden bei den ersten Beratungen komplett gestrichen. Und nun steht wieder 1 Million € für dieses Jahr drin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war alles innerhalb von nicht mal drei Monaten.

Wir sehen die Notwendigkeit und möchten uns nicht verwehren. Wir haben auch die Chance in kleinerem Rahmen Akzente zu setzen und müssen nicht auf die große Lösung 20 Millionen € plus X springen. Der Vorschlag der Verwaltung, noch in diesem Haushaltsjahr dafür eine Million € einzustellen, sehen wir als überzogen und nicht haltbar. Wir beantragen daher die Reduzierung auf die Hälfte und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 €. Wichtig ist, dass die Grundlagenermittlung in Gang kommt. Wir möchten auch noch mal daran erinnern, dass wir im Herbst letzten Jahres, nach dem wir die neue Investitionsschätzung in Höhe von 18 Mio. € präsentiert bekamen, schon auf eine abgespeckte Variante in Höhe von 10 Millionen €, abzüglich der zu erwartenden Fördermittel, plädierten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das Schloss gehört zu uns und wir sind stolz darauf, keine Frage, aber wir haben zurzeit auch noch andere wichtige Baustellen. Und wie sich das mit dem Steueraufkommen entwickelt, wissen wir nicht. Denken Sie bitte immer an die mittelfristige Finanzplanung, an die verbindlichen Ausführungszeiten an die die Fördermittel gebunden sind, und an die Tatsache, dass es nächstes Jahr vielleicht doch kein Konjunkturpaket III gibt.

Ich sag´s mal so Frau Oberbürgermeisterin, zu glauben, dass das Schloss bis zum Sommer 2011 komplett saniert ist, ist illusorisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit der Stelle für die Sozialarbeit möchten wir mehr Geld ausgeben. Beim Schloss würden wir gerne auf das Machbare reduzieren. Und nun haben wir noch einen Punkt, wo wir noch mal sinnvoll sparen sollten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der eine oder die andere wird sich daran erinnern, das wir Liberale vor gut einem Jahr mal den Vorstoß wagten, die Bürgerschaft nach ihrer Meinung zu fragen, ob Kreiselflächen, und davon gibt es ja mittlerweile einige, auch als Ausstellungsfläche für Kunst im öffentlichen Raum zu nutzen. Die Resonanz war überwältigend und wir bedanken uns an dieser Stelle noch mal bei den Bürgern. Wir sehen es gerne, dass seit einem 3/4-Jahr hiervon auch Gebrauch gemacht wird (s. Schröderkreisel). Ob uns nun dieses Geschick auch dazu anhalten muss, die Kunst gleich käuflich zu erwerben, sei dahingestellt. Wir sind, anders als einige Kollegen, der Auffassung, diese Flächen für wechselnde Ausstellungen zu nutzen. Diese Flächen sollen den Kunsttreibenden unentgeltlich zur Verfügung stehen und wir können eventuell bei der Installation unterstützen. In unserem Haushalt wurde nachträglich der nicht ganz bescheidene Betrag von 30 T€ zum Erwerb der Kunstgegenstände eingestellt. Gleichzeitig geht das Gejammer um, für die Pflege und Unterhaltung der bereits vorhandenen Kunstobjekte soviel Geld wie im Haushalt vorgesehen auszugeben. Wir denken, dass wir mit unseren Kunstschaaffenden ein sehr kooperatives Verhältnis haben und pflegen uns aber nicht zur Abo-Abnahme hinreisen sollten. Uns wäre es lieber, die Stadt mit wechselnden Objekten zu beleben. Wir beantragen daher die Kürzung der eingestellten Mittel.

Haushalt Vereinigte Stiftungen

Sehr geehrte Damen und Herren,
dem Haushalt für die Vereinigten Stiftungen stimmen wir zu.

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abwasser

Dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abwasser stimmen wir ebenso zu. Eine Anmerkung sei erlaubt. Mit der moderaten Gebührenanpassung im letzten Jahr haben wir einen längst überfälligen Schritt getan. Ob wir uns so aus der Schuldenmisere befreien können ist unwahrscheinlich. Aber es rotiert ja noch der Begriff von rentierlichen Schulden im Gemeinderat. Wir können aber da immer wieder nur sagen: Kapitaldienst kostet auch Geld, der sich letztendlich in den Gebühren niederschlägt.

Schlusswort

Wir möchten uns im Abschluss bei der Verwaltung für die Zusammenarbeit bedanken. Ein Lob geht an die Stadtkämmerei, die wie gewohnt mit spitzer Feder rechnet, konservativ Geld anlegt und uns immer gut beraten hat, damit wir nicht über das Maß hinaus schießen. Wir nehmen in diesem Jahr auch Abschied von unserem sehr geschätzten Stadtkämmerer Dieter Becker, der bekanntlich in den mindestens so anstrengenden Ruhestand wechselt. Wahrscheinlich haben sie dann noch weniger Zeit fürs Private, weil ja keine Urlaubstage im Pensionärsvertrag eingerechnet sind.

Lieber Herr Becker,
vielen Dank für die Arbeit mit ihrem Team und Ihr stets loyales Auftreten.“

Oberbürgermeisterin Büssemaker fasst die in den Haushaltsreden genannten Anträge zusammen und erläutert, dass der Antrag zum Abwasser nicht haushaltsrelevant sei und eine geänderte Satzung heute nicht auf der Tagesordnung stehe und daher der Antrag in den Verwaltungsausschuss verschoben werden sollte. Sie wirft die Frage auf, ob der Antrag überhaupt behandelt werden solle, da es keine Rolle spiele, wenn dieser in den städtischen Haushalt verschoben werde.

Stadtrat Deckers zieht seinen Antrag mit dem Hinweis zurück, dass er diesen als Quorumsantrag einreichen werde.

Stadträtin Hofmeister bittet um getrennte Abstimmung über die Tagesordnungspunkte.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker informiert, dass sie als erstes über den Antrag hinsichtlich der Häckselplätze abstimmen lassen werde.

Stadtrat Dr. Ditzinger erläutert hierzu, dass die Öffnungszeiten unzureichend wären und dies die ersten Erfahrungen gezeigt hätten. Er habe daher beantragt, einmalig 20.000 € im Haushalt bereitzustellen, um den Unmut der Bürger zu besänftigen und gleichzeitig neue Gespräche mit dem Kreis zu führen.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker berichtet, dass Verwaltungsmitarbeiter die Häckselplätze besucht hätten und dort keinen Unmut der Leute, keine Warteschlangen etc. vorgefunden hätten.

Stadtrat Künzel betont, dass der Unmut vorhanden sei und es seiner Meinung zielführend wäre, erst Gespräche mit dem Landkreis zu führen und daher ein Prüfauftrag formuliert werden sollte.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist darauf hin, dass der Landkreis eine klare Stellungnahme hinsichtlich der Häckselplätze bezogen habe.

Stadtrat Fey plädiert dafür, für die 20.000 € auch Leitern etc. hinzustellen.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker lässt wissen, dass das Geld für das Personal zur Erweiterung der Öffnungszeiten benötigt werde und bittet um Abstimmung hierüber.

Diesem Antrag stimmt der Gemeinderat mit 27:3 Stimmen (4 Enthaltungen) zu.

Stadträtin Nickel erklärt zu ihrem Abstimmungsverhalten, dass sie gegen die Einstellung der 20.000 € einmalig in diesem Haushalt gestimmt habe, da ihrer Meinung nach ein Wahlkampfgeschenk sei, da jeder wisse, dass der Landkreis seine Meinung hinsichtlich der Häckselplätze nicht ändern werde, da Ettlingen zu viele Häckselplätze habe und der einmalige Zuschuss daher ein Wahlkampfgeschenk wäre.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erläutert zu den Anträgen zum Schloss, dass dieses 275 Jahre alt sei und nicht nur „lebenserhaltende Maßnahmen“ vorgenommen werden sollten, sondern das Schloss auch eine andere Ausrichtung erhalten solle und 18,5 Mio. € investiert werden müssten, wenn alle Förderanträge voll in Anspruch genommen werden würden. Sie fügt hinzu, dass dies nicht vorgesehen sei und daher auch bei den Einnahmen nicht der volle Förderbetrag - sondern weniger - stehe. Sie weist darauf hin, dass der Antrag der Freien Wähler der weitestgehende sei, die kompletten Mittel für das Schloss zu streichen.

Stadtrat Dr. Ditzinger wirft die Frage auf, wie viel Geld in diesem Jahr überhaupt noch für das Schloss ausgegeben werden könnte, wegen der Verschiebung des Haushalts.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker schlägt vor, 500.000 € für das Jahr 2009 zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung einzustellen, da sie noch nicht genau wisse, wann die Mittel gebraucht werden. Sie weist darauf hin, dass sie im Ausschuss gesagt habe, dass der Gemeinderat einen Plan bekomme, was wann zuerst gemacht werden solle und dieser Plan einen Stufenplan beinhalten werde, was passiere wenn die Einnahmen wegbrechen, da dann lediglich noch das Gewerk fertig gestellt werden müsse.

Stadträtin Lumpp erkundigt sich zu dem vorgesehenen Stufenplan, was der Architekt genau mit diesem machen wolle.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erläutert, dass sie im Verwaltungsausschuss erklärt habe, dass das Grobkonzept von Herrn Eltrich vorliege und nun Architekten sagen müssen, was möglich wäre und welche einzelnen Stufen bzw. Gewerke möglich seien.

Stadträtin Eble stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte, da über das Schloss lange diskutiert worden sei.

Diesem Geschäftsordnungsantrag stimmt der Gemeinderat mit 27:3 Stimmen (4 Enthaltungen) zu.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker bittet um Abstimmung über den Antrag, die kompletten 11 Mio. € für das Schloss zu streichen.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 23:6 Stimmen (5 Enthaltungen) ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker bittet um Abstimmung über den Antrag, für das Schloss in diesem Jahr 500.000 € einzustellen, jedoch ohne weitere Verpflichtungsermächtigung (Antrag FE-Fraktion).

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 24:10 Stimmen ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker bittet um Abstimmung über den Antrag der FDP, für das Schloss in diesem Jahr 500.000 € bereitzustellen und eine Verpflichtungsermächtigung für 500.000 € zu genehmigen.

Diesem Antrag stimmt der Gemeinderat mit 23:10 Stimmen (1 Enthaltung) zu.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker weist darauf hin, dass sich auf Grund des vorher gefassten Beschlusses auch die Einnahmen beim Schloss in Höhe von 670.000 € verändern werden.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker verweist auf den nächsten Antrag der SPD-Fraktion, für den Seniorenbeirat eine Halbtagesstelle zu genehmigen.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 20:13 Stimmen (1 Enthaltung) ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erläutert, dass der nächste Antrag der Freien Wähler sei, zwei 100 %-Stellen für Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeisterin Petzold-Schick weist darauf hin, dass diese dann schulübergreifend tätig seien.

Stadträtin Lumpp wirft ein, dass sie auch mit vier Halbtagesstellen einverstanden wäre.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker informiert darüber, dass egal welcher Antrag durchgehe, dies eine Erhöhung der Personalkosten bedeute und die Verwaltung regelmäßig für die hohen Personalkosten geprügelt werde und ihrer Meinung nach hier das Land gefordert sei. Sie bittet um Abstimmung über den Antrag, zwei Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen, was Personalkosten von rund 80.000 € mit sich bringe.

Dieser Antrag wird mit 21:3 Stimmen (10 Enthaltungen) abgelehnt.

Sie bittet weiterhin um Abstimmung über den Antrag, zwei 75 %-Stellen Schulsozialarbeit zu schaffen, die dann schulneutral tätig werden würden.

Dieser Antrag wird mit 17:16 Stimmen (3 Enthaltungen) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker bittet nochmals um Abstimmung, da derzeit 34 stimmberechtigte Mitglieder des Gemeinderats im Raum seien, jedoch bei der eben genannten Abstimmung 36 Stimmen gezählt worden wären.

Der Gemeinderat lehnt mit 16:15 Stimmen (3 Enthaltungen) die Einrichtung von zwei 75 %-Stellen für die Schulsozialarbeit ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker verweist auf den Antrag der FDP, eine zusätzliche Halbtagesstelle für die Schulsozialarbeit bereitzustellen, die rund 20.000 € koste und schulneutral eingesetzt werden würde.

Diesem Antrag stimmt der Gemeinderat mit 29:4 Stimmen (1 Enthaltung) zu.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker fährt fort, dass der nächste Antrag der sei, in Ettligen eine 50 %-Stelle für Schuldnerberatung bereitzustellen. Sie informiert hierzu, dass für die Schuldnerberatung der Landkreis zuständig sei und sie bereits mit Herrn Kappes hierüber gesprochen habe und sie dafür plädiere, eine Schuldnerberatung - wie in Bruchsal - einzurichten.

Der Antrag zur Einrichtung einer Schuldnerberatungsstelle in Ettligen wird mit 26:2 Stimmen (6 Enthaltungen) abgelehnt.

Stadtrat Siess erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er die Einrichtung einer Schuldnerberatung in Ettligen begrüßen würde, der Gemeinderat jedoch beschlossen habe, den Personalbestand nicht aufzustocken und er diesem Antrag daher nicht zustimmen konnte.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker bittet um Abstimmung über den Antrag der Freien Wähler, auf die Sanierung der Bürgerhalle Ettligenweiher zu verzichten und die Mittel zu streichen.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 31:3 Stimmen ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker verweist auf den Antrag der Freien Wähler, auf den Aus- und Anbau des TSV Spessart zu verzichten und bittet um Abstimmung.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 29:3 Stimmen (2 Enthaltungen) ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker informiert darüber, dass die Freien Wähler beantragt hätten, die Reparatur des Daches der Turnhalle in Schluttenbach nicht vorzunehmen und bittet um Abstimmung hierüber.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 31:3 Stimmen ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erläutert, dass der nächste Antrag der Freien Wähler, nämlich eine neue Halle für die Ortsteile zur Verfügung zu stellen wenn den ersten drei Anträgen zugestimmt worden sei, hinfällig wäre. Sie verweist auf den Antrag der FDP, die vorgesehenen Mittel von 30.000 € im Haushalt für Kunst auf dem Kreisel zu streichen und weist darauf hin, dass dann auch die Einnahmen wegfallen würden.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 26:5 Stimmen (3 Enthaltungen) ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker schlägt eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten vor, damit dann über die aktualisierten Zahlen des Gesamthaushaltes abgestimmt werden könne.

Nach einer 10-minütigen Sitzungsunterbrechung liest Oberbürgermeisterin Büsselmaker folgende zur Abstimmung stehende Haushaltssatzung vor:

„Haushaltsatzung der Stadt Ettlingen für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund der §§ 79 und 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 14. Oktober 2008 hat der Gemeinderat am 07.04.2009 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	114.444.430 €
davon	
im Verwaltungshaushalt	93.902.220 €
im Vermögenshaushalt	20.542.210 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	5.647.860 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	9.022.000 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 A für land- u. forstwirtschaftliche Betriebe auf	230 v. H.
1.2 B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge;	300 v. H.
2. Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge.“	350 v. H.

Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung mit 24:10 Stimmen zu.

Stadtrat Deckers erklärt zum Abstimmungsverhalten der FE-Fraktion, dass diese den Haushalt abgelehnt hätte, da die Verteilung der 1 Mio. € für das Schloss nicht sinnvoll sei, der restliche Haushalt jedoch okay wäre.

